

**Liste
Fritz.
Tirol**

Neuer Report

25.08.2025

Inhaltsverzeichnis

23.08.2025

870 Kinder in fremden Händen

23.08.2025, Tiroler Tageszeitung, Seite 4

Déjà-vu-Erlebnis nach Finanz-Debakel

23.08.2025, Tiroler Tageszeitung, Seite 4

Oetz steht vor der Volksbefragung

23.08.2025, Tiroler Tageszeitung, Seite 23

21.08.2025

„Innsbruck hätte sich diesen Klamauk nicht leisten können!“

21.08.2025, Kronen Zeitung, Seite 16

Tiwag verkauft Kraftwerk

21.08.2025, Tiroler Tageszeitung, Seite 1

Kleinkraftwerk steht zum Verkauf

21.08.2025, Tiroler Tageszeitung, Seite 19

20.08.2025

Gezerre um Wohnbauprojekt hält weiter an

20.08.2025, Rundschau - Oberländer Wochenzeitung, Seite 3

Drüberfahren, Russisches Roulett und ein bitterer Beigeschmack am Fernpass

20.08.2025, Rundschau - Oberländer Wochenzeitung, Seite 4

Näherrücken durch bessere Verkehrsanbindung

20.08.2025, Rundschau - Oberländer Wochenzeitung, Seite 6

Frischer Wind für Reutte

20.08.2025, Rundschau - Oberländer Wochenzeitung, Seite 7

Urnengang am 24. August in Oetz

20.08.2025, Rundschau - Oberländer Wochenzeitung, Seite 12

Straßenrechtsverfahren vor Abschluss

20.08.2025, Rundschau - Oberländer Wochenzeitung, Seite 15

Fehlerteufel hat sich eingeschlichen

20.08.2025, MeinBezirk Tirol, Seite 3

Bis zum Abschluss Widerstand

20.08.2025, MeinBezirk Tirol, Seite 6-7

19.08.2025

Zwei Neue und vier alte Bekannte

19.08.2025, Tiroler Tageszeitung, Seite 4

870 Kinder in fremden Händen

Nimmt die Kinder- und Jugendhilfe im Krisenfall zu schnell zu viele Kinder aus Familien? Dieser Vorwurf steht im Raum. Die Liste Fritz fordert eine unabhängige Ombudsstelle für eine bessere Abklärung.

Von Liane Pircher

Innsbruck – Die Zahl der Kinder, die von der Kinder- und Jugendhilfe aus ihren Familien genommen werden, ist gestiegen: 2024 wurden 870 Kinder in „voller Erziehung“ fremd untergebracht. Gegen den Willen der Eltern waren es 75 Kinder, im Jahr 2023 noch 59. Die meisten verzeichnete zuletzt der Bezirk Landeck (17), gefolgt von Kufstein (15) und der Stadt Innsbruck (15). Mit Blick auf die Statistik zeigt sich, dass es große Unterschiede in den Bezirken gibt: Im Bezirk Schwaz kam beispielsweise im Jahr 2024 nur ein Kind in fremde Obhut, im Jahr 2023 gar keines.

Ist das Zufall? Oder hängt es auch davon ab, welche SozialarbeiterInnen im jeweiligen Bezirk die Entscheidungen treffen? Der Vorwurf „ungerechtfertigter Kindesabnahmen“ steht zumindest für Innsbruck im Raum. Hier wehren sich mehrere Familien bzw. alleinziehende Mütter dagegen.

Eine davon ist Brigitte Nosakhare: „Wir sind mittlerweile mehrere Mütter, die sich gegen die Fremdunterbringung unserer Kinder wehren“, sagt sie. Nach einem jahrelangen Hin und Her mit der Kinder- und Jugendhilfe kämpft sie darum,

Fakten & Zahlen

Volle Erziehung. Sind Eltern nicht in der Lage, für das Wohl ihres minderjährigen Kindes zu sorgen, kann ihnen die Obsorge entzogen werden. Das Kind wird dann beispielsweise in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft oder bei Pflegepersonen untergebracht.

Der größte Anteil der Fremdunterbringung entsteht durch Vereinbarung mit den Eltern – etwa 80 Prozent. Bei Gefahr im Verzug kann die Kinder- und Jugendhilfe Maßnahmen vorläufig bis zu einer gerichtlichen Entscheidung treffen.

dass ihre drei Kinder wieder bei ihr wohnen. Derzeit lebt nur der Jüngste, Vierjährige bei ihr. Die beiden größeren, sechs und neun Jahre alt, sind in einem Kinderheim. Es sei ein langer und harter Kampf, auch gegen Fehleinschätzungen



„Ob gerechtfertigt oder nicht: Betroffene Eltern bräuchten in jedem Fall eine unabhängige Beratung und Betreuung.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Klubobfrau Liste Fritz)

gen von Gutachtern und Sozialarbeitern, sagt die Mitte Vierzigjährige. Ihre Geschichte in Kurzform: „Ich hatte von mir aus freiwillig um Unterstützung angefragt. Das war in der Corona-Zeit. Mir ging es damals nicht gut und ich fühlte mich als Alleinerziehende von drei noch kleinen Kindern überlastet. Ich dachte, mir wird unter die Arme gegriffen. Dann aber kam es so, dass es zu Behauptungen seitens der Kinder- und Jugendhilfe kam, die einfach unrichtig sind“, erzählt die Mutter. Dass sie sich damals an die Kinder- und Jugendhilfe wandte und in ihrem Fall einer als vorübergehend geplanten Fremdunterbringung zustimmte, bezeichnet sie heute als Fehler. Sie hätte sich einfach selbst mehr Kinderbetreuung finanzieren sollen, sagt sie. Und: „Eine Krise im Leben zu haben, heißt nicht, dass man ständig überfordert ist.“

„Unser Job ist es, das Kindeswohl zu schützen“, sagt Raphael Hölbling, Leiter der Kinder- und Jugendhil-

fe Innsbruck. In Fällen von Fremdunterbringung geht es um „Gefahr im Verzug“. „Das heißt, dass das körperliche, seelische oder geistige Wohl eines Minderjährigen akut gefährdet ist“, erklärt Hölbling. Abgesehen davon treffe keine Fachkraft alleine eine Entscheidung, es gelte immer mindestens das Vier-Augen-Prinzip. Das Pflschaftsgericht ist sowieso im Spiel. Hölbling: „Solange Erziehungsberechtigte mit uns zusammenarbeiten, wird grundsätzlich kein Kind abgenommen.“ Es sei immer ein schwieriger Spagat: „Die Inobhutnahme ist das härteste Mittel. Es wird abgewogen, ob tatsächlich das letzte Mittel nötig ist. Die Fälle müssen für uns eindeutig sein“.

Ombudsstelle gefordert

Eine unabhängige Ombudsstelle für mutmaßlich ungerechtfertigte Kindesabnahmen fordert Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz: „Die Beurteilung, ob eine Abnahme gerechtfertigt ist oder nicht, steht mir als Politikerin nicht zu. Fakt ist aber, dass die Fallzahlen steigen und betroffene Eltern immer in ein tiefes Loch fallen. Sie brauchen mehr Beratung und Unterstützung.“ Mit ihrem Antrag ist die Liste Fritz allerdings bei der schwarz-roten Regierung abgeblitzt. Zuständig sei die Landesvolksanwaltschaft, hieß es. Diese habe keine Ressourcen übrig, so Haselwanter-Schneider.

Für den Innsbrucker Anwalt Christian Ortner, der zwei Fälle betreut, nährt sich der Verdacht, dass bei der Kinder- und Jugendhilfe einigegeschiefeläuft: „Kindeswohl wird hier als leeres Schlagwort strapaziert, obwohl die Kinder bestens entwickelt und versorgt sind. Den Müttern wird Erziehungsunfähigkeit angedichtet, wenn sie sich nicht ein Erziehungskonzept aufzwingen lassen, wie es sich die Kinder- und Jugendhilfe vorstellt“, sagt er.



Das Landesmuseum – ein Haus, das seit Jahren auf ein Facelifting wartet. Ein ständig teureres.

Foto: Springer

Déjà-vu-Erlebnis nach Finanz-Debakel

Dass der Umbau des Landesmuseums aktuell 62 anstelle der ursprünglichen 32 Mio. € kosten soll, weckt bei der Opposition alte Erinnerungen.

Innsbruck – Der Landesrechnungshof hat wieder einmal seine Finger in eine offene Wunde der schwarz-roten Landesregierung gelegt. Wie berichtet, zeigt die Kontrollinstitution des Landes nunmehr auf, wie eine allzu lange Mängelliste in der Planung und Projektabwicklung noch vor dem Start des Umbaus des Landesmuseums in Innsbruck zu einer Beinahe-Verdoppelung der hochgerechneten Baukosten

„Landesarchiv, MCI, KAT-Zentrum, Landesmuseum: Und das Schlimmste ist – die Landesregierung lernt nichts daraus.“

Gebi Mair (Grünen-Landessprecher)

geführt hat. Und zwar von 32,8 Millionen Euro (Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2019) auf nunmehr 62 Millionen Euro.

Für FP-Landeschef Markus Abwerzger ist der Bericht des Landesrechnungshofes nichts weniger als „eine krachende Bilanz einer unfähigen Projektsteuerung“. „Es ist unhaltbar, dass politische Beschlüsse über Kostenobergrenzen immer wieder angepasst werden müssen, während wichtige Kulturprojekte in Tirol zäh Prozesslogiken unterliegen.“ Für die FP ist es „unverständlich, warum eine Landesregierung, die sich Kulturförderung auf die Fahnen schreibt, solche Mammutprojekte derart mangelhaft steuert.“

Auch für die Grünen gleicht das nunmehr offenbarte Finanz-Debakel beim Landesmuseum einem Déjà-vu-

Erlebnis. Landessprecher Gebi Mair erinnert etwa an das – mittlerweile gestoppte – MCI-Neubau-Fiasko, den Umbau der Unterflurtrasse in Scheffau oder auch das teurer gewordene Tiroler Landesarchiv: „Überall, wo die Landesregierung am Werk ist, wird es massiv teurer. Das lässt schon Übles für das Megaprojekt Fernpass-Scheiteltunnel ahnen.“ Für Mair ist das Fazit klar: „Kein privater Bauherr würde so mit seinem Geld haushalten, wie es die ÖVP zum Fenster hinauswirft.“ Dass gleichzeitig bei den Sozialvereinen gespart werden solle, sei umso unverständlicher.

Nicht weniger hart gehen die beiden restlichen Oppositionsparteien im Landtag, NEOS und Liste Fritz, mit der ÖVP-SPÖ-Koalition ins Gericht. „Jedes Mal wiederholt sich die Misswirtschaft. Die Verantwortlichen, von den Planern und Studienern bis zur Landesregierung, sind nie schuld“, wettet Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint: „Für die zusätzlichen Millionen müssen jedes Mal die Steuerzahler herhalten.“ Dass Landeshauptmann und Finanzreferent Anton Mattle (VP) gleichzeitig das Geld ausbeuge, sei „kein Wunder bei dieser unseriösen und unverantwortlichen Vorgangsweise“.

NEOS-Landtagsabgeordnete Susanna Riedlsperger fühlt sich beim Landesmuseum gar an „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert: „Ob MCI, Landesarchiv oder jetzt das Ferdinandum: Die Probleme sind immer dieselben – mangelhafte Prüfung, unrealistische Kostenschätzungen



Foto: Falk

„Tirol braucht eine Regierung, die Kulturprojekte nicht als PR-Inszenierungen abwickelt.“

Markus Abwerzger (FP-Landesparteichef)

vor Baubeginn und fehlende Kostenkontrolle.“

Von Seiten der ÖVP wird Kultursprecherin Iris Zangerl-Walser am Freitag vorgeschickt. Die allgemeine Marktentwicklung und konjunkturellen Preissteigerungen seien nicht in Tirol hausgemacht: „Das betrifft Bauprojekte in ganz Österreich und Europa.“ (TT)



Foto: Böhm

„Bauprojekte sind herausfordernd. Aber wir entscheiden nicht nach Schlagzeilen, sondern im Interesse des Landes.“

Iris Zangerl-Walser (Kultursprecherin, VP)



Nicht zum ersten Mal wurde am Landhausplatz gegen die Vorgehensweise der Kinder- und Jugendhilfe demonstriert. Es geht um den Vorwurf „ungerechtfertigter Kindesabnahme“. Im September soll es erneut eine Demo geben. Foto: privat

870 Kinder in fremden Händen

Nimmt die Kinder- und Jugendhilfe im Krisenfall zu schnell zu viele Kinder aus Familien? Dieser Vorwurf steht im Raum. Die Liste Fritz fordert eine unabhängige Ombudsstelle für eine bessere Abklärung.

Von Liane Pircher

Innsbruck – Die Zahl der Kinder, die von der Kinder- und Jugendhilfe aus ihren Familien genommen werden, ist gestiegen: 2024 wurden 870 Kinder in „voller Erziehung“ fremd untergebracht. Gegen den Willen der Eltern waren es 75 Kinder, im Jahr 2023 noch 59. Die meisten verzeichnete zuletzt der Bezirk Landeck (17), gefolgt von Kufstein (15) und der Stadt Innsbruck (15). Mit Blick auf die Statistik zeigt sich, dass es große Unterschiede in den Bezirken gibt: Im Bezirk Schwaz kam beispielsweise im Jahr 2024 nur ein Kind in fremde Obhut, im Jahr 2023 gar keines.

Ist das Zufall? Oder hängt es auch davon ab, welche SozialarbeiterInnen im jeweiligen Bezirk die Entscheidungen treffen? Der Vorwurf, „ungerechtfertigter Kindesabnahme“ steht zumindest für Innsbruck im Raum. Hier wehren sich mehrere Familien bzw. alleinziehende Mütter dagegen.

Eine davon ist Brigitte Nosakhare: „Wir sind mittlerweile mehrere Mütter, die sich gegen die Fremdunterbringung unserer Kinder wehren“, sagt sie. Nach einem jahrelangen Hin und Her mit der Kinder- und Jugendhilfe kämpft sie darum,

Fakten & Zahlen

Volle Erziehung. Sind Eltern nicht in der Lage, für das Wohl ihres minderjährigen Kindes zu sorgen, kann ihnen die Obsorge entzogen werden. Das Kind wird dann beispielsweise in einer sozialpädagogischen Wohngemeinschaft oder bei Pflegepersonen untergebracht.

Der größte Anteil der Fremdunterbringung entsteht durch Vereinbarung mit den Eltern – etwa 80 Prozent. Bei Gefahr im Verzug kann die Kinder- und Jugendhilfe Maßnahmen vorläufig bis zu einer gerichtlichen Entscheidung treffen.

dass ihre drei Kinder wieder bei ihr wohnen. Derzeit lebt nur der Jüngste, Vierjährige bei ihr. Die beiden größeren, sechs und neun Jahre alt, sind in einem Kinderheim. Es sei ein langer und harter Kampf, auch gegen Fehleinschätzungen



„Ob gerechtfertigt oder nicht: Betroffene Eltern bräuchten in jedem Fall eine unabhängige Beratung und Betreuung.“

Andrea Haselwanter-Schneider (Klubobfrau Liste Fritz)

gen von Gutachtern und Sozialarbeitern, sagt die Mitte Vierzigjährige. Ihre Geschichte in Kurzform: „Ich hatte von mir aus freiwillig um Unterstützung angefragt. Das war in der Corona-Zeit. Mir ging es damals nicht gut und ich fühlte mich als Alleinerziehende von drei noch kleinen Kindern überlastet. Ich dachte, mir wird unter die Arme gegriffen. Dann aber kam es so, dass es zu Behauptungen seitens der Kinder- und Jugendhilfe kam, die einfach unrichtig sind“, erzählt die Mutter. Dass sie sich damals an die Kinder- und Jugendhilfe wandte und in ihrem Fall einer als vorübergehend geplanten Fremdunterbringung zustimmte, bezeichnet sie heute als Fehler. Sie hätte sich einfach selbst mehr Kinderbetreuung finanzieren sollen, sagt sie. Und: „Eine Krise im Leben zu haben, heißt nicht, dass man ständig überfordert ist.“

„Unser Job ist es, das Kindeswohl zu schützen“, sagt Raphael Hölbling, Leiter der Kinder- und Jugendhil-

fe Innsbruck. In Fällen von Fremdunterbringung geht es um „Gefahr im Verzug“. „Das heißt, dass das körperliche, seelische oder geistige Wohl eines Minderjährigen akut gefährdet ist“, erklärt Hölbling. Abgesehen davon treffe keine Fachkraft alleine eine Entscheidung, es gelte immer mindestens das Vier-Augen-Prinzip. Das Pflschaftsgericht ist sowieso im Spiel. Hölbling: „Solange Erziehungsberechtigte mit uns zusammenarbeiten, wird grundsätzlich kein Kind abgenommen.“ Es sei immer ein schwieriger Spagat: „Die Inobhutnahme ist das härteste Mittel. Es wird abgewogen, ob tatsächlich das letzte Mittel nötig ist. Die Fälle müssen für uns eindeutig sein“.

Ombudsstelle gefordert

Eine unabhängige Ombudsstelle für mutmaßlich ungerechtfertigte Kindesabnahmen fordert Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz: „Die Beurteilung, ob eine Abnahme gerechtfertigt ist oder nicht, steht mir als Politikerin nicht zu. Fakt ist aber, dass die Fallzahlen steigen und betroffene Eltern immer in ein tiefes Loch fallen. Sie brauchen mehr Beratung und Unterstützung.“ Mit ihrem Antrag ist die Liste Fritz allerdings bei der schwarz-roten Regierung abgeblitzt. Zuständig sei die Landesvolksanwaltschaft, hieß es. Diese habe keine Ressourcen übrig, so Haselwanter-Schneider.

Für den Innsbrucker Anwalt Christian Ortner, der zwei Fälle betreut, nährt sich der Verdacht, dass bei der Kinder- und Jugendhilfe einigiges schiefläuft: „Kindeswohl wird hier als leeres Schlagwort strapaziert, obwohl die Kinder bestens entwickelt und versorgt sind. Den Müttern wird Erziehungsunfähigkeit angedichtet, wenn sie sich nicht ein Erziehungskonzept aufzwingen lassen, wie es sich die Kinder- und Jugendhilfe vorstellt“, sagt er.



Das Landesmuseum – ein Haus, das seit Jahren auf ein Facelifting wartet. Ein ständig teureres.

Foto: Springer

Déjà-vu-Erlebnis nach Finanz-Debakel

Dass der Umbau des Landesmuseums aktuell 62 anstelle der ursprünglichen 32 Mio. € kosten soll, weckt bei der Opposition alte Erinnerungen.

Innsbruck – Der Landesrechnungshof hat wieder einmal seine Finger in eine offene Wunde der schwarz-roten Landesregierung gelegt. Wie berichtet, zeigt die Kontrollinstitution des Landes nunmehr auf, wie eine allzu lange Mängelliste in der Planung und Projektabwicklung noch vor dem Start des Umbaus des Landesmuseums in Innsbruck zu einer Beinahe-Verdoppelung der hochgerechneten Baukosten

„Landesarchiv, MCI, KAT-Zentrum, Landesmuseum: Und das Schlimmste ist – die Landesregierung lernt nichts daraus.“

Gebi Mair (Grünen-Landessprecher)

geführt hat. Und zwar von 32,8 Millionen Euro (Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2019) auf nunmehr 62 Millionen Euro.

Für FP-Landeschef Markus Abwerzger ist der Bericht des Landesrechnungshofes nichts weniger als „eine krachende Bilanz einer unfähigen Projektsteuerung“. „Es ist unhaltbar, dass politische Beschlüsse über Kostenobergrenzen immer wieder angepasst werden müssen, während wichtige Kulturprojekte in Tirol zäh Prozesslogiken unterliegen.“ Für die FP ist es „unverständlich, warum eine Landesregierung, die sich Kulturförderung auf die Fahnen schreibt, solche Mammutprojekte derart mangelhaft steuert.“

Auch für die Grünen gleicht das nunmehr offenbarte Finanz-Debakel beim Landesmuseum einem Déjà-vu-

Erlebnis. Landessprecher Gebi Mair erinnert etwa an das – mittlerweile gestoppte – MCI-Neubau-Fiasko, den Umbau der Unterflurtrasse in Scheffau oder auch das teurer gewordene Tiroler Landesarchiv: „Überall, wo die Landesregierung am Werk ist, wird es massiv teurer. Das lässt schon Übles für das Megaprojekt Fernpass-Scheiteltunnel ahnen.“ Für Mair ist das Fazit klar: „Kein privater Bauherr würde so mit seinem Geld haushalten, wie es die ÖVP zum Fenster hinauswirft.“ Dass gleichzeitig bei den Sozialvereinen gespart werden solle, sei umso unverständlicher.

Nicht weniger hart gehen die beiden restlichen Oppositionsparteien im Landtag, NEOS und Liste Fritz, mit der ÖVP-SPÖ-Koalition ins Gericht. „Jedes Mal wiederholt sich die Misswirtschaft. Die Verantwortlichen, von den Planern und Studienernstellern über die Landesbeamten bis zur Landesregierung, sind nie schuld“, wettet Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint: „Für die zusätzlichen Millionen müssen jedes Mal die Steuerzahler herhalten.“ Dass Landeshauptmann und Finanzreferent Anton Mattle (VP) gleichzeitig das Geld aussehe, sei „kein Wunder bei dieser unseriösen und unverantwortlichen Vorgangsweise“.

NEOS-Landtagsabgeordnete Susanna Riedlsperger fühlt sich beim Landesmuseum gar an „Und täglich grüßt das Murmeltier“ erinnert: „Ob MCI, Landesarchiv oder jetzt das Ferdinandum: Die Probleme sind immer dieselben – mangelhafte Prüfung, unrealistische Kostenschätzungen



„Tirol braucht eine Regierung, die Kulturprojekte nicht als PR-Inszenierungen abwickelt.“

Markus Abwerzger (FP-Landesparteichef)

vor Baubeginn und fehlende Kostenkontrolle.“

Von Seiten der ÖVP wird Kultursprecherin Iris Zangerl-Walser am Freitag vorgeschickt. Die allgemeine Marktentwicklung und konjunkturellen Preissteigerungen seien nicht in Tirol hausgemacht: „Das öffnet Bauprojekte in ganz Österreich und Europa.“ (TT)



„Bauprojekte sind herausfordernd. Aber wir entscheiden nicht nach Schlagzeilen, sondern im Interesse des Landes.“

Iris Zangerl-Walser (Kultursprecherin, VP)



Nicht zum ersten Mal wurde am Landhausplatz gegen die Vorgehensweise der Kinder- und Jugendhilfe demonstriert. Es geht um den Vorwurf „ungerechtfertigter Kindesabnahme“. Im September soll es erneut eine Demo geben. Foto: privat

Oetz steht vor der Volksbefragung

Die Gemeinde Oetz ist geteilt, was die Einstellung zum geplanten Hotelprojekt beim Berghof betrifft. Am Sonntag sind 1979 Wahlberechtigte am Wort.

Oetz – Am Sonntag wird die Bevölkerung von Oetz zu den Urnen gerufen. Bei der Volksbefragung, die prinzipiell für den Gemeinderat nicht bindend ist, geht es um die Frage, ob die Gemeinde die raumordnerischen Rahmenbedingungen für das umstrittene Hotelprojekt am Berghof schaffen soll oder nicht. Die Meinungen sind geteilt, in den vergangenen Wochen wurde die Bevölkerung mit Postwürfen beider Lager versorgt. Am Sonntag sind nun die 1979 Wahlberechtigten am Wort. Beide Seiten hoffen auf eine hohe Wahlbeteiligung, damit ein möglichst klares Stimmungsbild gezeichnet werden kann.



So soll der neue Berghof der Familie Kleon von der Straße aus künftig aussehen. Dahinter ist eine Reithalle geplant.

Die Familie um Sigurd Kleon aus Vent hatte in den 1990er-Jahren das Hotel Berghof erworben. Da Kleons

„Wir haben auch keinerlei Bedarf an Investoren, da wir eine sehr gute Hausbank haben.“

Sigurd Kleon
(Hotelprojekt-Betreiber)

Kinder in der Gastronomie tätig sind, soll nun anstelle des alten Berghofs ein neues Hotel mit 150 Betten mit Restaurant, 50 Mitarbeiter-Wohnungen sowie eine Reithalle mit Stallungen für 40 Pferde entstehen.

Kürzlich wandte sich die Familie Kleon mit einem Postwurf an die Bevölkerung. Neben der Motivation ging es um „häufig gestellte Fragen“. Dabei stellte Sigurd Kleon klar, dass es „keine Investoren bei diesem Projekt außer mir selbst“ gebe. Die Größe mit 150 Betten begründet er mit der Wirtschaftlichkeit. Die Pferde seien „die meiste Zeit auf den Weiden im Tal und im Kühtal“. Und in der Verkehrsfrage habe jeder Supermarkt „mindestens zehnmal so viel Kundenfrequenz wie so ein Hotel“.

Dagegen wehren sich die Anrainer im Ortsteil Schrofien mit einem Postwurf. „Wir haben viele Stammgäste“, meint etwa Christina Prantl, „die erschrecken richtig, wenn sie die Pläne sehen. Sie wollen hier Ruhe und Erholung.“

Auch landespolitisch gibt es Wortmeldungen: Markus Sint von der Liste Fritz trat mit den Anrainern und der Oetzer Opposition gemeinsam auf und sieht „Nachbarschaftskonflikte vorprogrammiert“. Man könne nicht jedes Projekt nur einzeln betrachten. „Es geht um die Frage, ob das Projekt für Oetz verträglich ist. Ist es das, was Oetz will?“, hofft er auf eine hohe Wahlbeteiligung. Die Grünen wiederum kritisieren in einer Aussendung neben den Belastungen auch die Bodenversiegelung. (pascal)

Das Kostbare im Leben

Marianne Hengl und Werner Mühlböck im Gespräch übers Leben.

Innsbruck – Im Sommergespräch für die *Tiroler Tageszeitung* spricht Marianne Hengl mit ihrem Freund Werner Mühlböck, Geschäftsführer der Tiroler Hospiz-Gemeinschaft, über das Kostbare im Leben, über Einsamkeit, aber auch über Hoffnung.

Was ist für dich das eigentlich Kostbare im Leben?

Werner Mühlböck: Das, was uns wirklich nährt, lässt sich nicht kaufen. Es sind Zuwendung, Gemeinschaft und Stille – das wahre „Brot des Lebens“. Heute leben wir in einer Welt voller Optionen, in der scheinbar alles möglich ist – und doch bleiben viele Menschen orientierungslos, ja sogar übersättigt von all den Möglichkeiten.

Und wie findet man in diesem Überangebot seinen Weg?

Mühlböck: Indem man tiefer schaut. Indem man nicht nur fragt, was man tut, sondern warum. Ich selbst brauche Rückzug und Stille, um zu erkennen, was mich wirklich trägt.

Warum fühlen sich so viele junge Menschen einsam, nicht abgeholt?

Mühlböck: Vielleicht weil wir Erwachsenen oft zu sehr mit uns selbst beschäftigt sind. Junge Menschen brauchen Begleitung – echtes Dasein, echtes Zuhören. Das klingt banal, ist aber in Zeiten medialer Ablenkung eine Kunst. Ohne Zuwendung verflacht Gemeinschaft. Und ohne Gemeinschaft verarmt der Mensch innerlich.

Du hast viel von der Welt gesehen, unzählige Kulturen erlebt und Menschen getroffen, die dich geprägt haben. Gibt es eine Begegnung, einen Moment, der dein Leben

besonders verändert, vielleicht sogar eine Spur für deinen Weg gelegt hat?

Mühlböck: Auf einer Reise in Nordindien begegnete ich einem Orakel. Meine eigentliche Frage – Welches ist der richtige Weg im Leben? – habe ich mich nicht zu stellen getraut. Stattdessen fragte ich, ob wir in den kommenden zwei Wochen nach Tibet gelangen würden. Doch die Antwort traf mitten ins Herz: „So wie es viele Wege nach Tibet gibt, gibt es viele Wege im Leben. Keiner ist falsch, wenn man ihn mit dem Herzen geht.“



Marianne Hengl (Obfrau des Vereins Roll On) führt ein Sommergespräch mit Werner Mühlböck von der Tiroler Hospizgemeinschaft.

Foto: Roll On



Margit Dablander und ihr Sonnenblumen-Gartenwunder: Mit einem eigens konstruierten XXL-Meterstab hat sie ihre Sonnenblume vermessen, die vier Meter in die Höhe ragt.

Foto: Dablander

Wer hat die Höchste im ganzen Land?

Diese Sonnenblume in einem Garten in der Reuttener Tränkesiedlung ist rekordverdächtig. Doch sie ist nicht die einzige, die über sich hinauswächst.

Von Simone Tschol

Reutte – Sie wächst und wächst und ist bereits von Weitem zu sehen. Inzwischen hat die Sonnenblume im Garten von Margit Dablander in der Reuttener Tränkesiedlung die Vier-Meter-Marke geknackt.

Dabei ist sie ein Gartenwunder. Denn Dablander weiß nicht, wie die Sonnenblume dorthin gekommen ist. „Ich hatte im Vorjahr zwar eine Sonnenblume, aber die hatte nur einen großen Blütenkopf und war bei Weitem nicht so hoch.“

Wie dem auch sei. Zwischen Krautköpfen hat sich das Prachtexemplar seinen Weg Richtung Himmel gebahnt. „Und anscheinend ist die Sonnenblume sehr genügsam, denn der Platz, auf dem sie wächst, ist winzig klein und besondere Pflege bekommt sie auch keine. Ich habe sie noch nie gedüngt. Nur wenn es mehrere Tage sehr trocken ist, leere ich ein-

mal einen Kübel Wasser hin. Die ist nicht normal“, lacht Dablander. Dennoch steht die Pflanze gut im Saft. Jedenfalls hält sie sich ohne Stützhilfe aufrecht.

Schon in den vergangenen Tagen war Dablander überzeugt, dass die Blume „sicher vier Meter hoch ist“. Jetzt wollte sie es genau wissen. Kurzerhand wurden Holzlaten bis zu einer Länge von vier Metern miteinander verbunden. Und siehe da, Dablander sollte Recht behalten: „Die Blume ist genauso hoch wie die Holzlaten. Und das, obwohl die oberste Blüte den Kopf schon ein wenig hängen lässt.“

Dass Dablander ein Händchen für die Gartenarbeit hat, wird spätestens beim Blick in ihren Bauerngarten klar. Dort gedeiht alles – von Gurken bis Melonen. „Ich bin eben nicht nur im Geist und im Herzen grün, ich habe auch einen grünen Daumen“, witzelt die Bezirkssprecherin der Außerfernener Grünen.

Doch ob sie die höchste Sonnenblume im Land hat, ist ungewiss. Anni Perfler aus Rietz hat der *TT* ein Foto geschickt und dazu geschrieben, dass in ihrem Garten sogar eine wächst, die 4,20 Meter hoch ist. „Und sie hat als zartes Pflänzchen sogar einen vernichtenden Hagel überlebt.“

Der Sonnenblumen-Weltrekord liegt übrigens bei 9,17 Metern und wird seit 2014 von einem Mann aus Nordrhein-Westfalen gehalten.



Anni Perfler schreibt, dass ihre Sonnenblume sogar 4,20 m hoch gewachsen ist.

Foto: Perfler

Laden Sie uns unter diesem Link Ihre Sonnenblume hoch.

www.tt.com



Foto: Meinert Claus

Überschaubar war die Zahl der ESC-Fans, die sich gestern bei der Olympiaworld einfanden.



Foto: Christof Birbaumer

Am Ende des Tages wird es wohl das Geld gewesen sein. Wir wünschen Wien für die Austragung des Song Contest 2026 alles Gute und werden die Bundeshauptstadt sehr gerne unterstützen.

Johannes Anzengruber BM Innsbruck



Foto: Christof Birbaumer

Die Olympiahalle in Innsbruck zog gegenüber der Stadthalle in Wien erneut den Kürzeren.

„Am Ende des Tages wird es das Geld gewesen sein!“

Innsbruck zog wie auch vor zehn Jahren beim Wettbieten um die Austragung des Eurovision Song Contest 2026 den Kürzeren gegenüber Wien. Letztlich konnte die Tiroler Landeshauptstadt wohl finanziell nicht mehr mithalten.

Um Punkt 8.16 Uhr wurde im Radiosender Ö3 verlautbart, was die „Krone“ bereits um 6.30 Uhr auf [krone.at](https://www.krone.at) bekannt gab: Der 70. Eurovision Song Contest im kommenden Jahr wird in Wien und nicht in Innsbruck ausgetragen. Während in der Bundeshauptstadt Jubel aufbrandete, stand den wenigen

Fans vor Ort in Innsbruck bei der Olympiaworld eine gewisse Enttäuschung ins Gesicht geschrieben.

Innsbruck bis zum Schluss mit Wien auf Augenhöhe

Sportlich fair zeigte sich Bürgermeister Johannes Anzengruber nach Bekanntgabe der „Niederlage“: „Wir wünschen Wien für die Austragung des Song Contest 2026

alles Gute und werden die Bundeshauptstadt gerne unterstützen, damit Europa im Mai 2026 ein unvergessliches Musikfest erlebt“, betonte er mit einem eher gezwungenen Lächeln und mutmaßte, dass es „am Ende des Tages wohl das Geld“ gewesen sei. Er verriet auch, dass das Innsbrucker bzw. Tiroler Gesamtpaket in finanzieller Hinsicht knapp über 20 Millionen Euro ausgemacht hätte. „Dass wir uns bis zum Schluss mit Wien auf Augenhöhe gemessen haben, ist ein starkes Signal für Innsbruck und Tirol und zeigt, was durch den Schulterschluss vieler engagierter Partner möglich ist.“ Schon die Bewerbung habe Innsbruck ins internationale Rampenlicht gerückt. Austragungsort wäre das Areal der Olympiaworld mit der Olympiahalle als Zentrum gewesen. „Natürlich ist

es schade, dass wir den Zuschlag nicht erhalten haben“, meinte Matthias Schipflinger, Geschäftsführer der Olympiaworld, enttäuscht. Auch er übte sich in Optimismus: „Die Bewerbung hat gezeigt, dass wir über erstklassige Veranstaltungsorte verfügen, die bereit für internationale Top-Events sind.“

„Freuen uns gemeinsam auf großartiges Fest“

„Wir hätten der Welt sehr gerne gezeigt, welch einzigartige Bühne Innsbruck für den Eurovision Song Contest gewesen wäre, gratulieren Wien aber herzlich zum Zuschlag und freuen uns gemeinsam mit ihnen auf ein großartiges Fest der Musik in Österreich“, sagte Peter Paul Mölk, Obmann von Innsbruck Tourismus. Geschäftsführerin Barbara Plattner ergänzte, dass der Song Contest auch ohne Zuschlag für Innsbruck ein Fest bleibe. „Wir werden die Vielfalt, Offenheit und Freude, für die der ESC steht, in unserer Stadterlebar machen – für Einheimische ebenso wie für Gäste.“

„Freuen uns gemeinsam auf großartiges Fest“

Genau vor zehn Jahren unterlag Innsbruck schon einmal gegen die Bundeshauptstadt beim Wettbieten um die Austragung des ESC. Auch damals hieß es, das „Rennen“ sei bis zum Schluss offen gewesen, Innsbrucks damalige Bürgermeisterin Christine Oppitz meinte gar, das bessere Konzept habe verloren. Dem Vernehmen nach soll es dieses Mal hinter den Kulissen wirklich „rund“ gegangen sein, ehe die Entscheidung für Wien fiel (siehe auch Seiten 14/15). mein

Genau vor zehn Jahren unterlag Innsbruck schon einmal gegen die Bundeshauptstadt beim Wettbieten um die Austragung des ESC. Auch damals hieß es, das „Rennen“ sei bis zum Schluss offen gewesen, Innsbrucks damalige Bürgermeisterin Christine Oppitz meinte gar, das bessere Konzept habe verloren. Dem Vernehmen nach soll es dieses Mal hinter den Kulissen wirklich „rund“ gegangen sein, ehe die Entscheidung für Wien fiel (siehe auch Seiten 14/15). mein

Genau vor zehn Jahren unterlag Innsbruck schon einmal gegen die Bundeshauptstadt beim Wettbieten um die Austragung des ESC. Auch damals hieß es, das „Rennen“ sei bis zum Schluss offen gewesen, Innsbrucks damalige Bürgermeisterin Christine Oppitz meinte gar, das bessere Konzept habe verloren. Dem Vernehmen nach soll es dieses Mal hinter den Kulissen wirklich „rund“ gegangen sein, ehe die Entscheidung für Wien fiel (siehe auch Seiten 14/15). mein

Von den Oppositionsparteien in Innsbruck setzte es erwartungsgemäß Häme für all jene, die die Bewerbung der Landeshauptstadt zuletzt so forciert hatten – vor allem aber für Bürgermeister Johannes Anzengruber (JA). Markus Lassenberger (FPÖ): „Abgesehen davon, dass der ESC ein Schau laufen links-woker Politik geworden ist, hätte sich Innsbruck diesen Klamauk

„Innsbruck hätte sich diesen Klamauk nicht leisten können!“

Geharnischte Kritik setzte es von den Oppositionsparteien nach dem „ESC-Aus“. Im Mittelpunkt der Angriffe BM Anzengruber.

nicht leisten können. Bürgermeister Anzengruber darf sich beim ORF bedanken, der ihm dieses finanzielle Debakel erspart

hat. Wir sind jedenfalls erleichtert. Ich hoffe, die Stadtregierung hat nun endlich wieder den Kopf für die wichtigen Dinge frei.“

Markus Stoll (Für Innsbruck): „Von Beginn an war das Vorgehen von Bürgermeister Anzengruber chaotisch. Die ständige Selbst-

darstellung, die fehlende Einbindung des Landes und das intransparente Vorgehen, das selbst im Gemeinderat nur eine hauchdünne Mehrheit ermöglicht hat, waren offenbar keine guten Visitenkarten für die Landeshauptstadt. Der Stadt bleibt damit wohl ein finanzielles Fiasko erspart. Zurück bleiben jedoch die teuren politischen Gegengeschäfte, mit denen sich

Anzengruber seine Mini-Mehrheit erkaufte hat.“ Andrea Haselwanter-Schneider (Liste Fritz): „Wir sind froh, dass dieser Kelch an Innsbruck vorübergegangen ist. Der Zuschlag für den ESC 2026 geht an Wien – das ist auch gut so. Bürgermeister Anzengruber muss sich nun schleunigst von seinen ESC-Träumereien verabschieden und sich für Projekte einsetzen, von denen

die Innsbrucker tatsächlich etwas haben. Wir fordern, dass das Geld, das für den ESC zur Verfügung gestanden wäre, direkt den Menschen in Innsbruck zugutekommen muss – für Sozialvereine, Kinderbetreuung, Kultur, Sport und andere dringend nötige Projekte in unserer Stadt.“ SPÖ und Grüne, die in der Stadtregierung sitzen, äußerten sich nicht. mein



Meinert meint

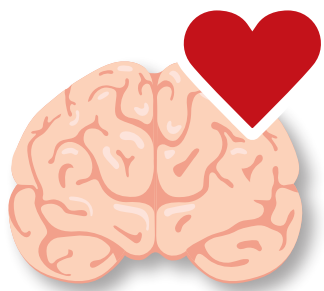
CLAUS MEINERT

Auf Augenhöhe, mehr aber nicht!

Vier Wochen lang dauerte angeblich die finale Entscheidungsfindung, ehe das schon absehbare und von der Mehrzahl der Bevölkerung vermutete Ergebnis bekannt wurde. Wien hat also wieder den Song Contest 2026, Innsbruck schaut wie schon 2015 blöd aus der Wäsche. Außer Spesen nichts gewesen, könnte man frech sagen. Abgesehen davon, dass dieser lange Findungszeitraum typisch für Österreich ist – schnelle (auch politische) Entscheidungen sind Mangelware – hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Donau eben nicht aufwärts Richtung Tirol, sondern abwärts Richtung Wien fließt – West-Ost-Gefälle eben.

Nun ist man freilich aus Innsbrucker Sicht bemüht, darzustellen, dass man den Contest „eh fast gehabt hat“, auf „Augenhöhe mit Wien war“. Drei Stunden soll angeblich am Montag mit der Stadt Wien nachverhandelt worden sein. Im Zentrum dabei angeblich die Forderung nach mehr Geld. Den Verhandlern der ohnedies am stärksten verschuldeten Stadt Österreichs dürfte das womöglich lediglich ein Lächeln entlockt haben...

Auch die Jurysitzung am Dienstag soll zweimal abgebrochen worden sein. Ob es sich dabei nur um Show handelte? Darauf gibt es keine Antwort. Aber es würde passen, da der Song Contest ja eigentlich mehr Show ist als Kunst oder Musikbewerb. Innsbruck hätte aus finanzieller Sicht sicher bald mehr Erklärungsbedarf gehabt als Wien. Vielleicht sogar positiv, dass man auf Augenhöhe war, mehr aber diesmal nicht.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR TIROL

Mehr lebensrettende Organe

Organspenden sind auch nach einem Herz-Kreislauf-Tod möglich. **Seite 3**

Martin Rütter ist genervt

Der TV-Hundetrainer gesteht, was sein Leben schwer macht. **Seite 36**



Donnerstag, 21. August 2025 81. Jahrgang | Nummer 230

Preis € 2,50

Teuerung in der EU nur halb so hoch

Die Inflationsrate steigt weiter auf 3,6 Prozent, Österreich liegt damit im EU-Spitzenfeld. Die Pensionen könnten um 2,7 Prozent steigen.

Wien – Die in Österreich seit Langem zu hohe Teuerung beschleunigt sich sogar noch: Im Juli waren die Verbraucherpreise um 3,6 Prozent höher als vor einem Jahr. Das war noch massiver als jene 3,5 Prozent, welche die Statistik Austria jüngst in ihrer Schnellschätzung erwartet hatte. Und auch mehr als die im Juni verzeichnete Inflationsrate von 3,5 Prozent.

Zu den größten Preistreibern zählten weiterhin die Gastronomie sowie Energie. Der Strompreis ist etwa auch durch diverse Gebühren innerhalb von zwölf Monaten um 35,3 Prozent teurer geworden. Deutlich angezogen haben auch die Preise für Nahrungsmittel. Die Inflation treibt auch der Staat an, der die Verwaltungsgebühren laut den Statistikern im Schnitt um satte 47,6 Prozent erhöht hat.

Mit der Inflationsrate von 3,6 Prozent bleibt Österreich

im absoluten Spitzenfeld innerhalb der EU. In der Eurozone wurde im Juli mit 2 Prozent eine fast nur halb so hohe Teuerungsrate ausgewiesen, in der gesamten EU betrug die durchschnittliche Inflation 2,4 Prozent. Mit Rumänien, Estland, der Slowakei, Kroatien, Ungarn und Lettland haben nur sechs ost- und südosteuropäische Länder höhere Teuerungsraten als die Alpenrepublik.

Mit den seit Mittwoch vorliegenden Inflationswerten von 3,6 Prozent steht nun auch die Grundlage für die kommende Pensionsanpassung. Demnach liegt der Anpassungsfaktor voraussichtlich bei 2,66 Prozent. Die Politik kann freilich auch höhere oder geringere Zuwendungen beschließen. Bislang hieß es nur, dass die prekäre Budgetlage ein umsichtiges Handeln verlange. (TT)

Mehr auf den Seiten 2, 18



Außenministerin Beate Meinl-Reisinger im Luftschutzkeller in Odessa.

Fotos: Michael Gruber, iStock, Alex Stiebitz

Mitten im Krieg

Odessa – Außenministerin Beate Meinl-Reisinger hat am Dienstag die südukrainische Hafenstadt Odessa besucht. Während ihres Gesprächs mit ihrem ukrainischen Amtskollegen Andrij Sybiha gab es Fliegeralarm, und die Minis-

terin musste samt Delegation vorübergehend in den Luftschutzkeller. Später war jedoch ein Spaziergang durch die Stadt möglich, die als Tor der Ukraine zur Welt gilt.

Die Außenministerin bekräftigte bei ihrem Besuch die

Unterstützung Österreichs für die Ukraine. Sie forderte einen Waffenstillstand als Grundlage für Verhandlungen und versprach Beiträge zum Wiederaufbau. (TT)

Mehr auf Seite 10

Tiwag verkauft Kraftwerk

Der Landesenergieversorger Tiwag trennt sich jetzt in Mieming von drittem Kleinkraftwerk.

Innsbruck – In Tirol gibt es rund 994 Kleinwasserkraftanlagen, für das Land ist ihre Ertüchtigung Rückgrat für die angestrebte Energiewende 2050. Umso überraschender kommt es, dass der Landesenergieversorger Tiwag jetzt das Kleinwasserkraftwerk Mieming zum Verkauf anbietet. Schon zuvor hatte er sich von zwei Kleinkraftwerken getrennt.

Tiwag-Vorstand Thomas Gasser argumentiert mit wirtschaftlichen Gründen und Investitionen von rund einer Mio. Euro. „Vorwiegend wollen wir uns auf die großen Kraftwerke konzentrieren, aber auch auf jene Kleinkraftwerke, die Sinn machen.“ In Mieming hätten einige Faktoren dagegensprochen, wie eine Erhöhung der Restwassermenge. Vorerst sei jedoch nicht beabsichtigt, weitere Kleinkraftwerke zu veräußern.

Kritik an dieser Vorgangsweise gibt es hingegen von SPÖ-Mandatar Georg Dornauer sowie von Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. (pn)

Mehr auf Seite 19

Innsbruck will mehr Events

Innsbruck – Das gestrige Aus für die ESC-Pläne der Stadt Innsbruck und den ORF-Zuschlag für Wien nimmt die hiesige Stadtführung zur Kenntnis. Mehr aber auch nicht. Stattdessen will man die Chance nunmehr nutzen und sich mit den aufgebauten Organisationsstrukturen für weitere Event-Akquisen rüsten, wie Bürgermeister Johannes Anzengruber erklärt: „Wir machen weiter.“ Welche Events man im Auge hat, ist noch unklar. (mami)

Mehr auf Seite 4



Die Wurzeln des Antisemitismus

Woher kommt der Judenhass? Und warum ist nicht jede Kritik am Staat Israel Antisemitismus? Der Historiker und Antisemitismus-Forscher Gerald Lamprecht versucht eine Einordnung. Klar sei: Antisemitismus entspringe immer den Köpfen der Antisemiten. **Mehr auf Seite 9**

Foto: APA/Hochmuth

Warnung vor K.-o.-Tropfen

Innsbruck – 150 Fälle von Straftaten durch „Betäubung“, u. a. mit K.-o.-Tropfen, wurden 2024 bei der Polizei angezeigt. Das Bundeskriminalamt geht aber von einer weitaus „höheren Dunkelziffer“ aus. Besonders in der Zeit der Dorffeste, wie sich erst jüngst in Axams zeigte, steigt für Mädchen und Frauen die Gefahr, Opfer zu werden. Die „Vergewaltigungsdroge“ ist farb- sowie geruchlos. Sie macht willenlos und führt zu Gedächtnisverlust. (wa)

Mehr auf Seite 6

Aufgeblättert

Für die Fisch'

Von Joachim Leitner

Beim Essen hört sich der Spaß auf. Und beim Grillen und Braten fängt der Spaß gar nicht erst an. Grillen und Braten sind, das weiß, wer auch nur einmal in die Nähe eines beflissenen Bratbruders geraten ist, eine verdammt ernste Sache. Und Kunst selbstverständlich. Eine sehr ernste Kunst also. Und eine sehr alte. In Erfurt haben Forscher in einer Urkunde von 1269 den frühesten Hinweis auf einen Bratwurststand in Thüringen gefunden. In der Bratwursthochburg Nürnberg ist seither die Aufregung groß. Obwohl die bislang älteste „Wurstkuchl“ – 1378 erstmals amtlich erwähnt – sowieso in Regensburg steht. Aber das glaubt in Nürnberg sowieso niemand. Wen kümmern Belege, wenn es um alles, also um die Wurst geht? Deshalb soll, fordert Nürnberg, nun ein Boxkampf klären, was Urkunden nur verkomplizieren. Ein Termin für die Keilerei muss noch gefunden werden. Das Ergebnis steht schon fest: Es wird für die Fisch' gewesen sein – oder eh schon Wurst.

WETTER

Kühl. Es bleibt den ganzen Tag meist dicht bewölkt mit flächenhaften Regenschauern. Die Temperaturen gehen spürbar zurück und liegen nur mehr um 20 Grad. **Seite 26**



16°
20°

LOTTO

Ziehung vom 20. August 2025

2 28 33 34 35 36

Zusatzzahl: 6 Joker: 776620

LottoPlus: 1, 6, 7, 8, 13, 33

Alle Angaben ohne Gewähr

TIROL

Bogen überspannt? Die Zeit der Nachtschwärmer in den Innsbrucker Viaduktbögen könnte langsam zu Ende gehen. Nach einer weiteren Schließung wollen die ÖBB in ihren Räumlichkeiten keine neuen Nachtlokale. **Seite 5**



In den Bögen wollen die ÖBB keine Nachtlokale mehr. **Foto: Rita Falk**

SO FINDEN SIE

Notdienste, Wohin heute Seite 35

Todesanzeigen Seite 32

Österreichische Post AG, TZ 022031607 T
Schlüsselverlag J.S. Moser, Brunecker Straße 3,
6020 Innsbruck; Retouren an PF 100, 1350 Wien



9 015480 002605 3 4

Tiroler Tageszeitung
TT-Club
Ihre TT-Club-Vorteile finden Sie wöchentlich in der TT am Sonntag oder online unter **club.tt.com**

Kleinkraftwerk steht zum Verkauf

Mehrere Interessenten für Kraftwerk Mieming, Tiwag verteidigt Veräußerung. Georg Dornauer (SPÖ) und Markus Sint (Liste Fritz) kritisieren Vorgangsweise des Landesenergieversorgers.

Von Peter Nindler

Mieming – Es ist ein beschauliches und bereits in die Jahre gekommenes Kleinkraftwerk in Mieming. Aber, so die Philosophie in der Tiroler Energiepolitik: Auch Kleinvieh macht Mist. 1,6 Milliarden Kilowattstunden Strom liefern die 994 Kleinwasserkraftwerke, das Land drängt auf eine weitere Erhöhung und Effizienzsteigerung.

„Dass ein Landesenergieversorger ein Kraftwerk verkauft, verstehe ich in Zeiten wie diesen nicht.“

Georg Dornauer/SPÖ
(Landtagsabgeordneter)

Für den Landesenergieversorger Tiwag, der das 1923 errichtete Kleinkraftwerk Mieming 1959 von der Gemeinde erworben hat, ist dieses jedoch nicht mehr rentabel. Er bietet es deshalb in einem Verfahren zum Kauf an. Tiwag-Vorstand Thomas Gasser spricht von mehreren Interessenten, die Gemeinde beteiligt sich laut Bürgermeister Martin Kapeller nicht an einem Rückkauf des Kraftwerks. Es erzeugt jährlich rund 1,2 Millionen Kilowattstunden Energie.

Die Veräußerung machte zuletzt die Runde und löst politische Debatten aus. SP-Mandatar Georg Dornauer sieht sie ebenso kritisch wie Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint. „Ein Bürgermeister wird schon öffentlich an den Pranger gestellt, wenn er laut darüber nachdenkt, wegen klam-



Das Krafthaus wurde bereits vor mehr als 100 Jahren errichtet, Investitionen sind notwendig.

Foto: Axel Springer

mer Gemeindekassen Anteile an einem Kraftwerk zu verkaufen.“ Aber gleichzeitig habe der Landesenergieversorger nichts Besseres zu tun, als den

„Es ist ein ganz kleines Kraftwerk. Wir wollen uns vor allem auf die großen Kraftwerke konzentrieren.“

Thomas Gasser
(Tiwag-Vorstand)

Verkauf eines Kleinkraftwerks zu forcieren.

Dass die Tiwag neue Großkraftwerke bauen wolle, um die Stromversorgung der Tiroler Bevölkerung zu sichern, aber andererseits ein bestehendes Kraftwerk verkaufe, passt für



Das Kraftwerk Mieming wird u. a. mit dem Wasser aus dem Krebsbach (hier im Bild) und dem Lehnbach gespeist.

Foto: Axel Springer

Markus Sint hinten und vorne nicht zusammen. Immerhin würden sich mit diesem Kraftwerk rund 300 bis 400 Haushalte versorgen lassen. „Statt ein bestehendes, kleineres Kraftwerk zu ertüchtigen, wirft es die Tiwag dem Meistbieten-

den an den Hals“, kritisiert der Liste-Fritz-Klubchef.

Die Tiwag kann diese Aufregung nicht nachvollziehen. In der Vergangenheit habe es bereits Veräußerungen von Kleinkraftwerken gegeben. Für Vorstand Thomas Gasser

kommt es auf die Rahmenbedingungen an, gleichzeitig macht er klar, dass sich der Landesenergieversorger als großer Stromproduzent resourcentechnisch natürlich auf die Großkraftwerke konzentrieren wolle.

„In Mieming wären Anpassungen mit Investitionen von

„Ein Wasserrecht ist ein Schatz. Ein solches und ein Kleinkraftwerk verkauft man nicht leichtfertig.“

Markus Sint/Liste Fritz
(Klubobmann)

rund einer Mio. Euro notwendig gewesen. Außerdem stehen die Wiederverleihung des Wasserrechts und eine Erhöhung der Restwassermenge an“, sagt Gasser gegenüber der TT. In einer Gesamtschau und vor dem Hintergrund der generellen Ausrichtung der Tiwag habe man sich zu dem Verkauf entschlossen.

Wird es in nächster Zeit zu weiteren Verkäufen von Kleinkraftwerken kommen? Derzeit sei nicht daran gedacht, erklärt Gasser. Die Stromproduktion aus den kleinen Kraftwerken ist für ihn insgesamt eine wichtige Stromressource, 25 hat die Tiwag in ihrem Portfolio. Dazu Gasser: „Sie produzieren eine halbe Milliarde Kilowattstunden Strom.“

Die Kritik bleibt dennoch: Ein Kraftwerk und ein Wasserrecht leichtfertig zu verkaufen, kann für Dornauer und Sint nicht Ziel der Tiwag sein. Sie fordern Aufklärung von LH Anton Mattle (VP).



Beim Verladen einer Kuh kam es zu dem Unfall.

Foto: Rita Falk

Landwirt in Matrei von Kuh verletzt

Matrei a.Br. – Zu einem schweren Arbeitsunfall mit einem Rind kam es am Mittwochnachmittag. Ein 64-jähriger Landwirt wollte auf der Matreier Ochsenalm eine Kuh in einen Viehanhänger treiben. Nachdem sich die Kuh bereits im Anhänger befand, konnte sie sich losreißen und aus dem Hänger springen. Der Landwirt wurde von dem Tier mitgerissen und an einem Strick ca. zehn Meter am Boden mitgeschleift. Der Mann wurde dabei unbestimmten Grades am Kopf verletzt und verlor das Bewusstsein.

Auf der Alm anwesende Personen beobachteten den Vorfall, leisteten Erste Hilfe und setzten den Notruf ab. Der verletzte Landwirt wurde nach der notärztlichen Versorgung vor Ort mit dem Notarzthubschrauber „C1“ in das Krankenhaus in Hall gebracht. Über den aktuellen Zustand des Bauern war am Mittwochabend noch nichts bekannt. (TT)

Teleskop und Kuppel aufs Hafelekar geflogen

Quantenoptische Bodenstation der Uni Innsbruck wurde gestern montiert. Die Transportflüge erwiesen sich als schwierig.

Innsbruck – Per Schwerlast-Hubschrauber wurde gestern eine ganz besondere Fracht aufs Hafelekar geflogen – es handelte sich um die Bestandteile der quantenoptischen Bodenstation, die dort im Auftrag der Universität Innsbruck entsteht.

Die Anlage auf knapp 2300 Metern Seehöhe – Herzstück ist ein Teleskop mit einem Meter Spiegeldurchmesser – eignet sich nicht nur zur Beobachtung ferner Himmelsobjekte, sondern ermöglicht künftig auch weltumspannende Quantenkommunikation mit und über Satelliten (die TT berichtete): Der Austausch einzelner Lichtteilchen via Satellit erlaubt es zwei Orten auf der Erdoberfläche, völlig abhörsicher zu kommunizieren – und in Zukunft möglicherweise auch ihre Quantencomputer zu vernetzen.

Die ohnehin kniffligen Flugtransporte wurden vom gestrigen Wetterumschwung mit teils dichten Wolken und getrübbten Sichtverhältnissen er-

schwert: Drei Flüge konnten in der Früh stattfinden, danach hieß es auf ein günstiges Fenster für den vierten und letzten Flug warten. Zu Mittag konnte dann endlich auch die Kuppel hinaufgefliegen und montiert werden.

Übrigens: Laut Vizebürgermeister Georg Willi, der das Projekt schon als Bürgermeister begleitet hatte (und gestern der Anlieferung der Teile am Hafelekar selbst beiwohnte), soll bereits kommendes Jahr eine Glasfaserverbindung bis zum Hafelekar gelegt werden, um die quantenoptische Bodenstation an die Quantenlabors der Uni Innsbruck im Tal anzukoppeln. Ob in einem Aufwasch gleich auch der Kanal aufs Hafelekar neu gelegt werden soll, sei noch auf Gesellschafterebene bzw. mit den verschiedenen Betreibern und Partnern abzuklären.

Die neue Bodenstation, benannt nach der bedeutenden österreichischen Physikerin Marietta Blau, dürfte Anfang 2026 in Betrieb gehen. (md)



Die Teile der hochmodernen Anlage wurden per Sondertransport angeliefert und dann per Heli auf 2300 m Seehöhe gehievt. Fotos: Eva Fessler/Universität Innsbruck



Gezerre um Wohnbauprojekt hält weiter an

„Liste Fritz“-Klubobmann Sint wirft Investor Weber bei Wohnbauprojekt in Oberperfuss Unwahrheiten vor

Die Diskussionen um das Wohnbauprojekt in der Oberperfer „Huebe“ nehmen kein Ende. Nachdem „Liste Fritz“-Klubobmann Markus Sint kürzlich harsche Kritik an Dorfchefin Johanna Obojes-Rubatscher und Investor Patrick Weber übte, wiesen diese die Aussagen des Landespolitikers aufs Schärfste zurück. Jetzt meldete sich Sint nochmals zu Wort. Er sieht in dem Wohnbauprojekt weder Vorteile für die Gemeinde noch für wohnungssuchende Oberperfer. Investor Weber sieht das allerdings anders und stellt einige Dinge klar.

Von Gebi G. Schnöll

„Es steht ÖVP-Wirtschaftskammerfunktionär und Investor Patrick Weber ja frei, Werbung in eigener Sache zu machen und sein Großprojekt in Oberperfuss anzupreisen. Aber auch er sollte bei der Wahrheit bleiben und nicht seinen Kritikern – wider besseres Wissen – falsche Aussagen unterstellen“, hält „Liste Fritz“-Klubobmann Markus Sint in einer E-Mail an die RUNDSCHAU-Redaktion fest. Tatsache sei, dass ÖVP-Wirtschaftskammerfunktionär Patrick Weber in Oberperfuss 40 (!) freifinanzierte Wohnungen bauen und um teures Geld verkaufen darf. „Er setzt dabei bewusst auf Kleinwohnungen für zahlungskräftige Anleger statt auf Wohnungen für Einheimische und Jungfamilien. Bei Preisen

die Weber als ÖVP-Wirtschaftskammerfunktionär tätig. Denn als ÖVP-Funktionär fordert er mehr leistbaren Wohnraum für die Tiroler und als privater Investor baut er gleichzeitig sündteuren Wohnraum für Anleger. Was für Weber ein finanziell guter Deal ist, ist für die Gemeindebürger von Oberperfuss ein schlechtes Geschäft!“ Obwohl die Gemeinde Investor Weber 40 freifinanzierte Wohnungen genehmigt und ihm damit ein Millionengeschäft beschert, müsse sie einen Teil seines Grundstücks mit Steuergeld abkaufen. „Statt Weber geförderte Wohnungen vorzuschreiben, kauft die Gemeinde von Weber ein knapp 1.000 Quadratmeter großes Grundstück. Ob sie dieses Grundstück tatsächlich bebauen kann, ist offen. Laut Debatte im Gemeinderat ist die Infrastruktur der Gemeinde Oberperfuss, etwa beim Trinkwasser und beim Kanal, jetzt schon belastet und mit den 40 Wohnungen von Weber überlastet. Will die Gemeinde auf ihrem Grundstück später auch Wohnungen bauen, muss sie wohl zuerst um teures Steuergeld die Infrastruktur ertüchtigen. Für Investor Weber bleiben Millionen, für die Gemeindebürger die Kosten für zusätzliche Infrastruktur“, prognostiziert Sint.

LEISTBARE WOHNUNGEN.

Investor Patrick Weber stellt zu den Aussagen von Sint klar: „Der derzeit vorliegende Baubescheid betrifft 24 Wohnungen. Auf dem Restgrundstück wären ein oder mehrere weitere Bauvorhaben möglich, dafür liegt jedoch weder ein Projekt noch eine Genehmigung vor. Die wiederholte Behauptung, es würden ‚40 freifinanzierte Wohnungen‘ genehmigt, ist daher falsch!“ Was die Wohnungspreise betrifft, hat Weber ein Beispiel parat: „Eine Zwei-Zimmer-Wohnung im Erdgeschoss mit 48 Quadratmetern Wohnfläche, zwölf Quadratmetern Terrasse und 21 Quadratmetern Gartenfläche kostet 298.530 Euro. Es gibt in unserer Region derzeit kaum günstigere Neubauwohnungen in dieser Qualität am freien Markt“, so Weber, der auch betont, dass es sich nicht um Investorenmodelle handle. „Die



So würde die geplante Wohnanlage mit 24 Wohneinheiten in der „Huebe“ aussehen. Für das Projekt gibt es nicht nur Befürworter. Visualisierung: Baupuls

Wohnungen sind bewusst kompakt geplant, um leistbares Eigentum für Einheimische zu schaffen – ob als erster Wohnsitz, für Jungfamilien, für ältere Menschen oder als Altersvorsorge. Darüber hinaus möchte ich festhalten, dass das gesamte Verfahren zu 100 Prozent den gesetzlichen Vorgaben entspricht und vom zuständigen Raumplaner der Gemeinde als verträglich und angemessen beurteilt

wurde. Die Diskussion wurde durch die öffentlichen Aussagen von Herrn Sint eröffnet, die in wesentlichen Punkten sachlich unrichtig sind. Die ‚Liste Fritz‘ befasst sich sehr intensiv mit diesem Projekt und betont dabei, dass dies nichts mit dem Wohnsitz von ‚Liste Fritz‘-Parteibfrau Andrea Haselwanter-Schneider in unmittelbarer Nähe der geplanten Wohnanlage zu tun habe ...!“

miet-lagerboxen

Nähere Infos unter
www.risa-lagerbox.at



Gewerbepark RISA | Sagl 2a | 6410 Telfs

von 6.700 Euro pro Quadratmeter – ohne Nebenkosten – sind für eine kleine 60-Quadratmeter-Wohnung mehr als 400.000 Euro zu bezahlen. Solche Preise sprechen bewusst Anleger an und sicherlich nicht Einheimische und Jungfamilien, weil die sich derart hohe Wohnkosten gar nicht leisten können. Fakt ist, ÖVP-Funktionär Weber baut sündteure Anlegerwohnungen statt leistbarer Wohnungen für Oberperfer Jungfamilien. Die Gemeindeführung unterstützt ihn dabei, anstatt ihm leistbaren Wohnraum für Oberperfer Familien vorzuschreiben“, so Sint weiter.

SCHLECHTER DEAL. Der Landespolitiker betont weiters: „Das Vorgehen der Gemeinde Oberperfuss und das Handeln Webers sind der Kern meiner Kritik als Klubobmann der ‚Liste Fritz‘, weil wir leistbaren Wohnraum für Einheimische und Jungfamilien schaffen wollen. Erstens widerspricht diese Politik allen Aussagen,

AQUA DOME
TIROL THERME LÄNGENFELD

AHOI ABENTEUER, MIT NEUEM KLETTERPARK!
IN DER ALPEN ARCHE NOAH TÄGLICH VON
9.00 - 23.00 UHR SPIEL, FUN UND SPASS
MIT UNSERER KINDERANIMATION.

www.aqua-dome.at/de/therme/kinder/

TICKETSHOP

Drüberfahren, Russisches Roulette und ein bitterer Beigeschmack am Fernpass

Tirols Grüne und die Liste Fritz mobilisieren zum verstärkten Widerstand gegen das Fernpass-Paket

(sas) Ein 9:6-Entscheid des Nassereither Gemeinderates brachte die Tiroler Landesregierung der Umsetzung ihres als alternativlos betitelten Fernpass-Pakets näher. Mit Entsetzen reagieren Tirols Grüne, die zu weiterem geharnischten Widerstand aufrufen. Unverständnis und zunehmende Politikentfremdung der Bevölkerung bekundet und ortet die Liste Fritz.

Dass das Ergebnis der Nassereither Gemeinderatssitzung zu akzeptieren ist, steht auf einem Blatt. Was im Vorfeld geschah und zum Entscheid führte, steht auf einem anderen Blatt. Das „Gefühl der politischen Erpressung und des Drüberfahrens“, sei bei der Sitzung jedenfalls deutlich bemerkbar gewesen, so der Grüne Klubobmann Gebi Mair. Die Vorgehensweise des „rücksichtslosen Drüberfahrens über die Bevölkerung“ sei ein Affront gegen die Bürger und mache die Ignoranz und Arroganz der schwarz-roten Tiroler Landesregierung deutlich, so LA Markus Sint von der Liste Fritz mit seiner Kritik gegen

das aktuelle Prozedere. Sint und Mair sprechen von einer zunehmenden Politikverdrossenheit bzw. -entfremdung der Bevölkerung, die durch solche Signale noch weiter befeuert wird. Gebi Mair fordert auf, verstärkt in den Widerstand zu gehen und bezieht sich auf die Alpenkonvention, die weitere alpenquerende Transitrouten verbietet. Genau das würde, so Mair, mit der Umsetzung des Fernpass-Pakets aber passieren. „Je mehr die Landesregierung drüberfährt, desto entschlossener muss der Widerstand sein“, so Gebi Mair. Man habe den Nassereither Gemeinderat „geradezu in eine aussichtslose



Entsetzen nach dem Nassereither Gemeinderatsentscheid: Gebi Mair (l., Grüne) und Markus Sint (r., Liste Fritz) sprechen von Drüberfahren und Russischem Roulette. Die Landesregierung freut sich derweilen über ein zügiges Vorschreiten der Behördenverfahren. Fotos: Gruene (Gebi Mair), Liste Fritz (Markus Sint)

Situation gezwungen. Zustimmung oder sich von der Landesregierung enteignen lassen“. Der Preis für die gewonnene Abstimmung sei für die Landesregierung sehr hoch, ist Markus Sint überzeugt. Noch mehr Menschen seien jetzt verärgert und nicht weiter bereit, sich durch massiven Druck und rücksichtsloses Drüberfahren erpressen zu lassen.

Ein spitzer Dorn im Auge ist die „Tunneleuphorie“ der Tiroler Landesregierung dem Transitforum Austria-Tirol, das betont, am Bürgerengagement für den „Erhalt des Lebens-, Regionalwirtschafts- und Naturraumes der Gesamtregion in den drei betroffenen Bezirken Reutte, Imst und Landeck“ nichts zu ändern. Die „erschlichenen Gemeinderatsbeschlüsse“ bezeichnet das Transitforum als „bürger- und demokratiefeindlich“. „Wenn vom Büro Geisler die Aussage kommt, dass der Verkehr auf der B 179 nicht mehr werden wird, bedeutet das in logischer Betrachtung, dass die IST-Situation beibehalten werden

soll und die Steuerzahler dafür auch noch mit 600 Millionen Euro haften sollen. Ungeachtet der Tatsache, dass weltweit niemand Steuergeld in ein Straßenausbauprojekt investieren würde, ohne mit mehr Verkehr zu rechnen“, echauffiert sich Transitforum-Obmann Fritz Gurgiser. Im Telefonat mit der RUNDSCHAU stellt er jedenfalls unmissverständlich klar: „Das Transitforum wird die Dosis nach Paracelsus erhöhen. Und zwar deutlich!“

STAND DER DINGE. Indes geht es bei den Behördenverfahren zum Fernpass-Paket zügig voran: Noch im August erfolgt beim Lermooser Tunnel die straßenrechtliche Verhandlung zur Erlangung einer Baubewilligung für die zweite Röhre. Das Verfahren zur Erlangung der straßenrechtlichen Baubewilligung für den Fernpasstunnel steht kurz vor dem Abschluss. Für die zentrale Mautinfrastruktur auf dem Gemeindegebiet von Biberwier liegt bereits ein Straßenbaubewilligungsbescheid vor.

Gleich anmelden für die AK Comedy in Breitenwang

„Die härtesten Jobs der Welt“: Markus Linder und Hubert Trenkwaller kommen mit ihrem neuen Programm am Mo. 20. Oktober in den Tauernsaal Breitenwang. Der Eintritt ist frei. Gleich via QR-Code anmelden!

Wer kennt sie nicht, die Menschen, die unser Land am Laufen halten – und die in den meisten Fällen viel zu wenig Dankbarkeit erfahren? Gottlob gibt es da Linder & Trenkwaller. Die beiden Musik-Comedians feiern auf ihrer AK Comedy-Tour 2025 die ultimativ härtesten Jobs der Welt. Dabei geht es nicht nur ins Bergwerk, auf den Recyclinghof, ins Bürgermeisteramt oder an die Supermarktkasse.

Da kommen mitunter auch überforderte Hundehalter, frustrierte Scheidungsanwälte und ratlose Erziehungsberechtigte zum Handkuss.

Die Vorstellung im Tauernsaal Breitenwang am Mo. 20. Oktober beginnt um 19.30 Uhr. Einlass ist ab 19 Uhr, in der Pause lädt die AK Tirol zu Brezen und Getränken ein.

Anmeldung via QR-Code (bei Rückfragen Tel. 0800/22 55 10). Der

Eintritt ist für aktive und pensionierte Mitglieder und deren Angehörige kostenlos.



ANMELDUNG UNTER

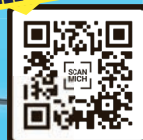


Foto: AK Events.com

Verkehrsunfall in Lechaschau

(sas) Am Montag, dem 11. August, gegen 16.40 Uhr, fuhr ein 19-jähriger österreichischer Staatsangehöriger mit seinem Motorrad auf der Wängler Straße von Lechaschau kommend in Fahrtrichtung Wängle. Zeitgleich bog ein 71-jähriger deutscher Staatsangehöriger mit einem Traktor samt Doppelschwader nach rechts auf die Wängler Straße in Richtung Wängle ein. Im Kreuzungsbereich

kam es zur seitlichen Kollision zwischen dem Traktor und dem Motorrad, bei der der Motorradfahrer zu Sturz kam. Er zog sich schwere Verletzungen im Bereich des Oberschenkels zu. Der Traktorfahrer setzte den Notruf ab und der Motorradfahrer musste nach notärztlicher Erstversorgung an der Unfallstelle vom Rettungsdienst in das Bezirkskrankenhaus Reutte gebracht werden.

Näherrücken durch bessere Verkehrsanbindung

Maria Zwölfer, Bezirkssprecherin der Liste Fritz, im Sommergespräch mit der RUNDSCHAU

Die RUNDSCHAU-Sommergespräche gehen in die nächste Runde. Maria Zwölfer, neue Bezirkssprecherin der Liste Fritz im Außerfern, sprach über Themen, die den Außerfernern unter den Nägeln brennen.

Von Johannes Pirchner

RUNDSCHAU: Die Landesregierung plant Verbesserungen auf der Außerfernbahn bis 2027. Was erwarten Sie konkret von der Landespolitik für den öffentlichen Verkehr im Birk Reutte?

Maria Zwölfer: Ich erwarte mir von der Tiroler Landesregierung eine Offenlegung aller Zahlen und Fakten rund um die Außerfernbahn. Die Vereinbarung mit der DB (Deutsche Bahn) muss dahingehend geändert werden, dass nur für tatsächlich gefahrene Kilometer Steuergeld ausgegeben wird. Häufige Ausfälle von Zügen, Verspätungen, die zum Versäumen von Anschlusszügen führen sowie mangelnde Infrastruktur (WC-Anlagen) entlang der Strecke sorgen dafür, dass die Außerfernbahn derzeit keine echte Alternative zum Straßenverkehr darstellt. Da der Steuerzahler jährlich über drei Millionen Euro für die Außerfernbahn

aufbringt, sind Verbesserungen dringend erforderlich, um den Slogan „von der Straße auf die Schiene“ der Realität etwas näherzubringen.

RUNDSCHAU: Die Kraftwerkskette am Plansee soll umfassend modernisiert werden. Während die EWR dabei ökologische Standards betonen, gibt es auch kritische Stimmen. Wie steht die Liste Fritz zum geplanten Umbau – und welche ökologischen wie regionalwirtschaftlichen Aspekte müssen Ihrer Meinung nach beachtet werden?

Maria Zwölfer: Steigender Strombedarf macht eine Modernisierung und Effizienzsteigerung bestehender Kraftwerke bei Einhaltung ökologischer Standards notwendig. Der Ausbau des Solarpotenzials sowie Maßnahmen zu sparsamem Umgang mit der vorhandenen Energie sind ein Gebot der Stunde.

RUNDSCHAU: Die geplante Bodenaushubdeponie am Katzenberg sorgt weiterhin für Protest. Die Stadt Reutte hat bereits juristische Schritte angekündigt. Wie positioniert sich die Liste Fritz in dieser Causa – und welche Rolle spielt dabei Bürgerbeteiligung aus Ihrer Sicht?

Maria Zwölfer: Eine Bodenaushubdeponie am Katzenberg wird von einem großen Teil der Bevölkerung (3.000 Unterschriften) wegen der zu erwartenden Lärm- und Staubbelastung abgelehnt. Die Deponie (150 000-200 000 m³) bringt mit 30.000-

40.000 Lkw-Fahrten zusätzlichen Verkehr auf die jetzt schon überfüllte Straße zum Katzenberg. Da es derzeit noch freie Kapazitäten aufgrund bereits vorhandener Bodenaushubdeponien im Bezirk für weitere 15 Jahre gibt, besteht für die Neuerrichtung einer Deponie am Katzenberg kein Bedarf. Um einen Wildwuchs an Deponien einzudämmen, ist eine Sonderflächenwidmung mit einer zwingend vorgeschriebenen Bedarfserhebung dringend notwendig. Nur so kann die Entscheidungsfreiheit der Gemeinden gewährleistet werden.

RUNDSCHAU: Das Modell zur ganztägigen Kinderbetreuung im Außerfern stößt auf gemischte Reaktionen. Aktuell gibt es eine starke Diskussion. Besonders die Finanzierung über hohe Elternbeiträge wird kritisch gesehen. Was darf aus Sicht der Liste Fritz eine gute Kinderbetreuung kosten – und wer soll das bezahlen: Gemeinden, das Land, die Wirtschaft oder die Eltern?

Maria Zwölfer: Die Frage der flächendeckenden Kinderbetreuung, verbunden mit einem Rechtsanspruch auf dieselbe, ist für die Teilhabe der Frauen am Arbeitsmarkt von essenzieller Bedeutung, wird allerdings viele Gemeinden an den Rand der Finanzierbarkeit. Das Motto „Wer zahlt, schafft an“ muss hier umgedreht werden, nämlich in „Wer anschafft, zahlt“. Wenn der Gesetzgeber diesen Rechtsanspruch vorsieht, hat er für die Finanzierung zu sorgen und darf weder den Gemeinden noch den Familien diesen finanziellen Rucksack umhängen.

RUNDSCHAU: Der Fachkräftemangel betrifft mittlerweile nahezu alle Branchen – vom Tourismus über die Pflege bis zur Industrie. Wie bewertet die Liste Fritz Initiativen wie „Zukunft Außerfern“ mit Welcome-Center und welche zusätzlichen Maßnahmen braucht es, um den Bezirk als Arbeits- und Lebensstandort zu stärken?

Maria Zwölfer: Die Initiativen „Zukunft Außerfern“ und Welcome-Center sind grundsätzlich zu befürworten. Um Arbeitskräfte in unseren Bezirk zu locken, sind aber allumfassende Strategien zur Attraktivierung des Arbeits- und Lebensstandorts Außerfern notwendig. Dazu zählt eine verbesserte Verkehrsanbindung, der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, leistbares Wohnen, eine



Maria Zwölfer, Bezirkssprecherin der Liste Fritz, stand der RUNDSCHAU in einem Sommergespräch Rede und Antwort.
Foto: Liste Fritz

bedarfsgerechte Kinderbetreuung, ein breitgefächertes Bildungssystem und Unterstützung für Betriebe, die sich in der Lehrlingsausbildung engagieren.

RUNDSCHAU: Welches politische Anliegen ist Ihnen persönlich für den Bezirk Reutte ein besonderes – und warum sollte es in der öffentlichen Diskussion eine größere Rolle spielen?

Maria Zwölfer: Ein großes politisches Anliegen ist das „Näherrücken“ des Außerferns an die übrigen Landesteile durch eine verbesserte Verkehrsanbindung, langfristig wirksame Maßnahmen gegen Dauerstau auf der Fernpassroute mit all seinen negativen Begleiterscheinungen für die Bevölkerung entlang dieser Strecke, wie Lärm, gesundheitsgefährdenden Abgase und Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Die von der Regierung angedachte Fernpassstrategie löst dieses Problem nicht und darf daher nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg umgesetzt werden. Die wunderschöne Landschaft unseres Bezirks bedarf eines besonderen Schutzes, um den nächsten Generationen ein lebenswertes Außerfern zu garantieren. Ich wünsche mir von der Politik eine gerechte Behandlung der Außerferner/innen gegenüber allen anderen Tiroler/innen, eine verlässliche ärztliche Versorgung im Bezirk sowie die Einbindung der Bevölkerung in wichtige Entscheidungen. Öffentliche Diskussionen sind das Fundament einer lebendigen Demokratie und sollen zu transparenten Entscheidungen zum Wohle der Bevölkerung führen.

Flitec
Der Insektenschutz

www.flitec.at

Insektenschutzgitter
nach Maß für Fenster & Türen

FLITEC-Fachbetrieb
Andreas in Silz
Tel.: 05263-6377-15

AUTO EXPORT ACHOUR

24 Stunden Erreichbarkeit
(auch per SMS oder E-Mail)

Tel. 0650 3318761
Tel. 0049 175 4462726
achourko@live.de

Ich kaufe alle Autos, egal welcher Zustand, mit oder ohne Pickerl, Motorschaden, Unfall oder viele km...

Bitte alles anbieten!

Wir kaufen ohne Gewährleistungspflicht, ab Hof mit Barbezahlung. Ihr Auto geht in den Export. Standort spielt keine Rolle!

Frischer Wind für Reutte

Maria Zwölfer übernimmt im Außerfern die Bezirkssprecherin-Funktion für die Liste Fritz

(aw) Maria Zwölfer, eine erfahrene Kommunal- und Landespolitikerin nimmt die Funktion der Bezirkssprecherin im Bezirk Reutte an. Sie folgt auf Josef Lutz, der sich aus privaten Gründen aus der Politik zurückzieht.

„Josef Lutz hat sich in den vergangenen Jahren mit großem Engagement für die Anliegen der Menschen im Bezirk Reutte eingesetzt. Dafür möchte ich ihm im Namen der Liste Fritz danken“, erklärt Parteichefin Andrea Haselwanter-Schneider.

Maria Zwölfer ist für Andrea Haselwanter-Schneider eine würdige und profilierte Nachfolgerin. Die langjährige Hauptschullehrerin aus Ehrwald prägte seit den 1990er-Jahren die Kommunalpolitik in Leremoos. Zunächst als Gemeinderätin, später als Gemeindevorständin und schließlich als Bürgermeisterin von 2004 bis 2016. In ihrer Amtszeit

setzte sie zahlreiche zukunftsweisende Projekte – von der Infrastruktur über den Breitbandausbau bis hin zur Kinderbetreuung und sozialen Maßnahmen – um. Auch als Landtagsabgeordnete (2013–2018) blieb sie ihrer sachpolitischen Linie treu, zeigte in ihren zahlreichen Wortmeldungen mit viel Herzblut und Engagement immer wieder die Probleme ihres Heimatbezirkes auf und setzte sich für nachhaltige Lösungen ein. „Unser Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern in allen Bezirken kompetente Ansprechpersonen zu bieten. Deshalb bauen wir unsere Strukturen weiter aus. Mit Maria Zwölfer haben wir eine starke Stimme für den Bezirk Reutte gewonnen. Eine Politikerin mit Erfahrung, Rückgrat und klarer Haltung. Sie wird die Anliegen der Bevölkerung engagiert vertreten“, zeigt sich Parteiohfrau Andrea Haselwanter-Schneider überzeugt.

Treppen wieder schön und sicher!

Mit dem Stufe-auf-Stufe System!

Rufen Sie uns an:
05263/63 77

haslwanter
PORTAS

www.haslwanter.portas.at

Endspurt

für neuen Pumptrack in Reutte

Eröffnung am 20. September während Mobilitätsmonat

(aw) Die Bauarbeiten am neuen Pumptrack beim Schul- und Jugendzentrum sowie Funpark sind weitgehend abgeschlossen. Entstanden durch die Idee der Jugend, wird die Anlage ein neuer Ort für Bewegung und Begegnung, der offen für alle Generationen ist.

Die Asphaltierung steht, allerdings muss der neu angesäte Rasen noch anwachsen. Zudem steht die TÜV-Abnahme noch aus. Erst dann kann der Pumptrack befahren werden. Die offizielle Freigabe ist für Anfang September vorgesehen. Die Eröffnungsfeier findet am Samstag, 20. September 2025, im Rahmen des Mobilitätsmonats statt. Ausgehend vom „Autofreien Tag“ am 19. September wird das Programm auf den gesamten Monat ausgeweitet – in Reutte und den umliegenden Gemeinden. Ein Ort der Begegnung. Der Pumptrack richtet sich nicht nur an junge Rad-, Scooter- und Skatfans, sondern auch an Familien, Erwachsene und Einsteiger. Mit der für Herbst geplanten Erweiterung des Funparks um zusätzliche Anfänger-Elemente entsteht ein vielseitiger Treffpunkt für Sport, Bewegung und Gemeinschaft. Entstanden ist das



Die Arbeiten am neuen Pumptrack beim Schul- und Jugendzentrum Reutte schreiten voran – Foto Stand August.
Foto: Stadtgemeinde Reutte

Projekt aus Ideen der lokalen Jugend, eingebracht über das Beteiligungsprojekt #JEM Talk – Jugend entscheidet mit. Der Jugendausschuss hat sich der Idee angenommen, die Umsetzung vorangetrieben. Die Stadtgemeinde Reutte setzt damit ein klares Zeichen: Die Meinung junger Menschen zählt.

Mit dem neuen Pumptrack und der Erweiterung des Funparks schafft Reutte einen weiteren, lebendigen Ort.

Auf nach Senden!

Urlaub bei inhofer

BIS ZUM 30.8.

Bis zu

50%

+ zusätzlich

ZIRKUS MENDES

GEWINNSPIELE

...UND VIELES MEHR!

11%

auf Möbel & Küchen

= 6% Rabatt + 5% Bonus

Hier für alle Aktionen scannen:

IHR PERSÖNLICHER GUTSCHEIN

LIEFERUNG GESCHENKT!

Gültig bis 30.08.2025

inhofer Nur in Senden!

Europas größte Wohnwelt

Möbel Inhofer GmbH & Co. KG

Ulmer Straße 50 · D-89250 Senden

*1) Bis zu 50% auf Möbel und Küchen. Gültig nur für gekennzeichnete Artikel und Hersteller. Rabatt-Abzug vom Inhofer Listenpreis. Ausgenommen sind alle im Haus als solche gekennzeichnete Werbe- und Abverkaufspreise. Gültig mit der kostenlosen Inhofer PremiumCard. *3) 11% Preisvorteil. Gestaffelt mit 6% Sofortabzug auf alle Möbel und Küchen plus 5% Bonus für Besitzer der kostenlosen Premium Card. Der Bonus wird nach Zahlung und Auslieferung automatisch dem Kundenkonto gutgeschrieben. Die kostenlose Premium Card kann auf Wunsch bei Auftragserteilung dazu beantragt werden. *4) Kostenlose Lieferung innerhalb des Bezirks Reutte ab einem Artikelwert von 750 Euro. Gilt nur für Premium Card Inhaber oder bei Abschluss einer Premium Card. *1), *2), *4) Aktionen gültig bis 30.08.2025. Inklusiv Anzahlungsskonto. Aktionen werden bei Erfolg ggfls. verlängert.

Urnengang am 24. August in Oetz

Überdimensioniertes Bauvorhaben oder eine große Chance? Volksbefragung zum Hotelprojekt im Ortsteil Schrofen

Die geplante Neuerrichtung des ehemaligen Hotels „Berghof“ in Oetz sorgte in den vergangenen Monaten für Diskussionen. Mit rund 400 Unterschriften konnte eine Volksbefragung erreicht werden. Diese findet am 24. August statt. Während die lokale Tourismuswirtschaft und auch die Wirtschaftskammer Imst das Projekt unterstützen, teilt die Liste Fritz die Sorgen der Anrainer und sieht das Projekt als überzogen an.

Von Martin Grüneis

„Wir stehen in Tirol vor der Herausforderung, den Tourismus zukunftsfit zu gestalten. Mit Qualität, Nachhaltigkeit und regionaler Verankerung. Genau das erfüllt das Projekt der Familie Kleon in Oetz in vorbildlicher Weise“, betont Josef Huber, Bezirksobmann der Wirtschaftskammer Imst. „Es handelt sich um ein Projekt aus der Region für die Region, und das ist es, was unsere wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk Imst stärkt“, so Josef Huber weiter. „Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir ein wirtschaftlich mutiger und zukunftsgerichteter Bezirk sein, der Chancen für die nächste Generation ermöglicht, oder wollen wir künftig jedes unternehmerische Vorhaben durch eine Volksbefragung bremsen lassen?“, gibt der WK-Bezirksobmann zu bedenken. Die Umsetzung des Hotelprojekts

würde zahlreiche Vorteile mit sich bringen: Durch die Realisierung entstünden neue, ganzjährige Arbeitsplätze in Küche, Service und Technik. Durch die Kommunalsteuern würde das Gemeindebudget nachhaltig gestärkt, und auch die ohnehin erforderliche Verbesserung der Wasserversorgung am Schrofen könnte durch das Projekt mitfinanziert werden. Zudem würde das neue Angebot lokale Betriebe wie Bergbahnen und die ansässige Gastronomie stärken. „Mutige Entscheidungen sichern unseren Wirtschaftsstandort ab. Das Projekt Berghof ist ein Leuchtturm für qualitätsvollen Tourismus im Tal und somit auch ein Signal an alle Unternehmerinnen und Unternehmer im Bezirk“, so Josef Huber abschließend.

LISTE FRITZ SIEHT KEINEN MEHRWERT IN DEM HOTELPROJEKT. Die Liste Fritz spricht sich



Am 24. August findet in Oetz eine Volksbefragung zum geplanten Neubau des Hotels Berghof statt.
Foto: Adobe Stock/Alizada Studios

klar gegen das geplante Hotelprojekt aus. „Ein Nein zu diesem überdimensionierten Hotelprojekt ist kein Nein zum Tourismus. Im Gegenteil: Es ist ein Ja zu einem maßvollen, nachhaltigen Tourismus, der zu Oetz und seinen Ortsteilen passt“, sagt Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. „Wie der Name Schrofen schon sagt, ist das kein Ort für ein derart riesiges Bauprojekt. Das sprengt jede Dimension“, ist Sint überzeugt, dass dieses Projekt zu groß, zu überzogen und am falschen Platz ist. „Langfristig sind Nutzungskonflikte mit Anrainern vorprogrammiert. Geruch, Lärm und Verkehrsprobleme inklusive“, warnt

der Klubobmann der Liste Fritz. Die Haltung der Mehrheit im Gemeinderat ist für ihn überhaupt nicht nachvollziehbar. Für die Liste Fritz ist klar: Dieses Projekt bringt keinen Mehrwert für Oetz, sondern gefährdet das touristische Gleichgewicht. „Dieses Projekt ist kein Gewinn und kein Segen. Im Gegenteil. Es ist ein Sägen am Ast, auf dem man sitzt. Wer es gut meint mit Oetz, seinen Bewohnern und einem nachhaltigen Tourismus, der geht zur Volksbefragung und stimmt für einen vernünftigen Weg. Maßvoll statt maßlos. Das ist der richtige Zugang!“, appelliert Sint abschließend.

REHA Zentrum Münster - Gesundheit im Fokus

Verantwortung für die eigene Gesundheit übernehmen und Lebensqualität steigern

Rehabilitation ist nicht nur nach akuten Erkrankungen sinnvoll – sie kann auch präventiv eingesetzt werden, um die Lebensqualität zu verbessern und langfristig gesund zu bleiben.

Das REHA Zentrum Münster bietet ein umfassendes Angebot in den Bereichen Pulmologie, Kardiologie, Neurologie, Onkologie und Psychosoziale Rehabilitation. Mit individuell abgestimmten Programmen werden Körper und Seele gleichermaßen gestärkt.

DURCHATMEN UND LEBENSQUALITÄT ZURÜCKGEWINNEN. Chronische Lungenerkrankungen wie Asthma, COPD oder Lungenfibrosen schränken die körperliche Leistungsfähigkeit und Lebensfreude oft stark ein. In Münster erhalten Betroffene gezielte Unterstützung, um die Atmung zu verbessern, die Mobilität zu steigern und den Alltag wieder aktiv zu gestalten. Bewegung, Atemtraining und professionelle Begleitung helfen auch Patient:innen nach einer Lungentransplantation oder bei Lungenhochdruck, neue Kraft zu schöpfen und besser mit ihrer Erkrankung umzugehen. Zudem ist die Reha eine wertvolle Unterstützung bei der Raucherentwöhnung oder den langfristigen Folgen des Rauchens.

HERZGESUNDHEIT NACHHALTIG FÖRDERN. Herz-Kreislauf-Erkrankungen erfordern nicht nur eine akute Behandlung, sondern auch eine langfristige Stabilisierung und Prävention. Eine kardiologische Rehabilitation unterstützt Patient:innen nach Ereignissen wie einem Herzinfarkt, einer Bypass-Operation oder bei chronischen Herzproblemen. Mit einem gezielten Programm aus Bewegung, Schulung und mentaler Unterstützung wird die körperliche Leistungsfähigkeit gestärkt, Rückfällen vorgebeugt und die Lebensqualität nachhaltig verbessert. Ziel ist es, den Betroffenen Sicherheit und ein aktives Leben nach der Erkrankung zu ermöglichen.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR KÖRPER UND SEELE. Psychische Belastungen wie Burnout, Depression, Angst, Schlafstörungen oder chronischer Stress können das Leben erheblich beeinträchtigen. Die intensive sechswöchige, psychosoziale Rehabilitation hilft Betroffenen, neue Wege für



Im REHA Zentrum Münster erwartet Sie ein ganzheitliches Konzept und ein umfassendes Angebot mit individuellen Programmen.
Foto: REHA Münster

ihr Leben zu finden. Eine Kombination aus Einzel- und Gruppengesprächen, Bewegungstherapie, Kreativtherapie und Alltagstraining hilft dabei, wieder eine geregelte Tagesstruktur zu erlangen und innere Stärke, Lebensfreude und Selbstbestimmung Schritt für Schritt zurückzugewinnen. Das Ziel ist klar: neue Perspektiven entwickeln und tägliche Abläufe wieder selbstbewusst meistern.

IHRE GESUNDHEIT IN BESTEN HÄNDEN. Das REHA Zen-

trum Münster steht für professionelle Betreuung, individuelle Programme und ein ganzheitliches Konzept. Die Zuweisung erfolgt über das Akutkrankenhaus, niedergelassene Fachärzt:innen oder Hausärzt:innen. Eine frühzeitige Anmeldung wird empfohlen, um Wartezeiten zu vermeiden. Rehabilitation ist ein Angebot für alle, die gesund bleiben oder es wieder werden wollen – und dafür aktiv etwas tun möchten.

Mehr Informationen finden Sie unter www.reha-muenster.at. ANZEIGE

Straßenrechtsverfahren vor Abschluss

Behördenverfahren: Fernpassstunnel vor Abschluss, Start für Lermooser Tunnel – Opposition spart nicht mit Kritik

Nachdem auch der Gemeinderat in Nassereith grünes Licht gegeben hat, gehen die Behördenverfahren zum Fernpass-Paket zügig voran: Beim Lermooser Tunnel erfolgt noch im August die straßenrechtliche Verhandlung zur Erlangung einer Baubewilligung für die zweite Röhre. Das Verfahren zur Erlangung der straßenrechtlichen Baubewilligung für den Fernpassstunnel steht kurz vor dem Abschluss. Für die zentrale Mautinfrastruktur auf dem Gemeindegebiet von Biberwier liegt bereits ein Straßenbaubewilligungsbescheid vor.

Von Martin Grüneis

„Die Tiroler Landesregierung setzt das Fernpass-Paket in Partnerschaft mit den Gemeinden Zug um Zug um. Gemeinsam wollen wir eine sichere sowie langfristig verfügbare Anbindung gewährleisten und den Verkehr

lenken. Die Fernpass-Anbindung wird ohne Ausbau verbessert, die Kapazität der Straße bleibt unverändert. Auch das Fahrverbot für Lkw über 7,5 Tonnen wird weiterhin Bestand haben“, verweist Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler auf die weiteren Meilensteine bei der Um-



Der Gemeinderat von Nassereith bei der entscheidenden Sitzung zum Fernpasspaket.
RS-Foto: Hofer

setzung des Fernpass-Pakets. Zu den baulichen Maßnahmen des Pakets zählen der Fernpassstunnel, der die störanfällige und gefährdete Passstrecke von der Haarnadelkurve bis zum Blindsee entschärfen soll, der Bau der zweiten Röhre beim Lermooser Tunnel, um die geforderten Sicherheitsstandards zu erreichen, und die Bevölkerung im Ehrwalder Becken bei Tunnelsperren zu entlasten. Zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen werden ebenfalls umgesetzt.

KRITIK NACH JA ZUM FERNPASSPAKET. Das Ergebnis der Gemeinderatssitzung in Nassereith sei zu akzeptieren. Nicht zu akzeptieren sei laut Liste Fritz hingegen die Vorgehensweise. „Hier haben Gemeindeführung und schwarz-rote Landesregierung viele verkehrsgeplagte Menschen bitter enttäuscht. Statt ihnen wirklich zu helfen und den immer mehr werdenden Verkehr endlich einzudämmen, fahren Gemeinde und Landesregierung rücksichtslos über sie drüber. Für die Bürger bleibt ein Gefühl der absoluten Ohnmacht“, so Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint. Es sei vor allem auch dem massiven Druck der Landesregierung geschuldet, dass der Nassereither Gemeinderat mehrheitlich für den Grundtausch gestimmt hat. „Die schwarz-rote Landesregierung mag diese Abstimmung gewonnen haben, aber der politische Preis dafür ist hoch, denn viele Menschen werden sich verärgert abwenden. Einmal mehr zeigt sich, wie schlecht das Projekt Fernpass-Scheiteltunnel der schwarz-roten Landesregierung ist, wenn mit politischer Erpressung, mit massivem Druck und rücksichtslosem Drüberfahren über den Bürgerwillen ein Abstimmungsergebnis erzwungen werden muss. Wäre das Projekt gut, könnte die Landesregierung die betroffenen Bürger ja davon überzeugen“, so Sint abschließend. „Das Gefühl der politischen Erpressung und des Drüberfahrens war im Gemeinderat von Nassereith gestern in der schneidenden Luft zu greifen“, berichtet der Grüne Klubobmann Gebi Mair von der Sitzung des Gemeinderats. „Das ist nicht mein Verständnis von Demokratie – und viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich auch von der Politik verraten. Dies gilt sowohl in Richtung ÖVP als auch SPÖ.“ Die Grünen, für die eine Transitroute über den Fernpass deutlich wahrscheinlicher wird, wollen rechtlich alles ausschöpfen. Als Schlüssel sehen sie die Alpenkonvention.

Fokus auf Cybercrime

Generalversammlung der Raiffeisenbank Sölden

(mg) Die Raiffeisenbank Sölden lud ihre Mitglieder am 14. Juli zur Generalversammlung ins Berglandhotel Sölden ein. Zahlreiche Gäste folgten der Einladung, um sich über die wirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2024/25 zu informieren. Vorstand und Aufsichtsrat konnten eindrucksvolle Kennzahlen, Statistiken und Einblicke in die Arbeit der Bank präsentieren.



Im Bild: Andreas Gstrein (Aufsichtsrat Raiffeisenbank Sölden), Susanna Falkner (Aufsichtsrätin Raiffeisenbank Sölden), Edwin Grubert (Geschäftsführer Raiffeisenverband Tirol), Direktor Claus Scheiber (Vorstand Raiffeisenbank Sölden), Oliver Hietz (Geschäftsführer Agentur Cyberschutz), Gabriele Kinast (Vorständin Raiffeisen-Landesbank Tirol AG), Florian Klotz (Vorstand Raiffeisenbank Sölden), Matthias Gstrein (Aufsichtsratsvorsitzender Raiffeisenbank Sölden), Matthias Grüner (Aufsichtsrat Raiffeisenbank Sölden) und Mariska Santer (Aufsichtsrätin Raiffeisenbank Sölden) (v. l.)

Foto: Andreas Ebermann

Ein besonderer Höhepunkt der Generalversammlung der Raiffeisenbank Sölden war der Fachvortrag von Cybercrime-Experten Oliver Hietz. Unter dem Titel „Gefahr Ransomware & Darknet“ gab er einen tiefen Einblick in die Welt der Internetkriminalität – von Cyberangriffen über Datenhandel bis hin zu illegalen Angeboten im Darknet. Dabei wurde deutlich, dass längst nicht mehr nur Großunternehmen betroffen sind, sondern auch Kleinbetriebe, Einzelunternehmer und Privatpersonen. Anhand realer Fälle zeigte Hietz, wie leicht Cyberkri-

minelle agieren können, und gab wertvolle Tipps, um sich bestmöglich zu schützen. Die Grußworte überbrachte Gabriele Kinast, Vorständin der Raiffeisen Landesbank Tirol AG. Sie hob die Bedeutung einer starken, regional verankerten Bank im digitalen Zeitalter hervor. Im Anschluss an den offiziellen Teil genossen die Teilnehmenden im Hotel Bergland ein exzellentes Abendessen in geselliger Atmosphäre. Die Raiffeisenbank Sölden blickt auf eine rundum gelungene Veranstaltung zurück und freut sich bereits auf die Generalversammlung 2026.

Fensterwechsel!

ohne Stemm- und Maurerarbeiten!

Rufen Sie uns an:
05263/63 77

haslwanter
PORTAS

www.haslwanter.portas.at

FAHRVERBOTE. Zu den verkehrslenkenden Maßnahmen des Fernpass-Pakets zählen die Fahrverbote auf dem niederrangigen Straßennetz für den Ausweichverkehr. Nach der Wintersaison gelten die Fahrverbote heuer im Sommer seit Ostern und noch bis 2. November an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen von 7 bis 19 Uhr. „Die Fahrverbote werden streng kontrolliert und zeigen Wirkung. Wir arbeiten stetig an Verbesserungen und analysieren die Fahrverbote genau. Beschilderungen und Kontrollpunkte wurden optimiert und können bei Bedarf erweitert werden – wie zuletzt im Winter in Musau. Erst kürzlich habe ich mich mit Vertretern der Sicherheitsfirmen getroffen, die mit der Kontrolle der Fahrverbote beauftragt sind, und wir haben uns über weitere Optimierungsmöglichkeiten ausgetauscht“, zieht Landesrat René Zumbel Halbbilanz. Knapp 139.000 Abweisungen gab es im Zeitraum vom 18. April bis einschließlich 3. August 2025 allein im Außerfern, knapp 5.000 waren es beim im Winter erstmals verordneten Fahrverbot bei Nassereith im Bezirk Imst.

Weißenbach



Beim Schwimmbadkiosk wurde auch eingebrochen. Gem. Weißenbach

Mehrzweckgebäude wurden erneut zwei Glasscheiben mutwillig mit Steinen eingeworfen – erst im Vorjahr war hier durch Vandalismus ein Schaden von 12.000 Euro entstanden. Auch in die Schlachthalle hinter dem Festzelt drangen Unbekannte kürzlich ein.

Appell zur Vorsicht

„Hier handelt es sich um keine Kavaliersdelikte mehr – das ist Diebstahl und mutwillige Beschädigung“, betont Schwarzenbrunner. Er ruft zu erhöhter Aufmerksamkeit auf und bittet Vereine, Wertgegenstände sicher aufzubewahren und ihre Gebäude regelmäßig zu kontrollieren. Auffälligkeiten sollen sofort der Polizei oder Gemeinde gemeldet werden. Zudem denkt die Gemeinde darüber nach, sensible Bereiche – besonders jene außerhalb des Ortskerns – künftig per Video zu überwachen, um solche Vorfälle besser zu verhindern.

Fehlerteufel hat sich eingeschlichen

BEZIRK. Bedauerlicherweise ist uns in der vergangenen Ausgabe im Bericht über die neue Bezirkssprecherin der Liste Fritz in Reutte ein kleiner Fehler unterlaufen. Maria Zwölfer war zwar langjährige Hauptschullehrerin in Ehrwald, ist aber in Lermoos beheimatet und war dort auch viele Jahre als Gemeinderätin und als Bürgermeisterin tätig. Wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen.

Auffahrunfall in Lechaschau

LECHASCHAU. Am 15. August 2025 kam es auf der B198 in Lechaschau zu einem Auffahrunfall zwischen zwei Pkw. Ein 74-jähriger Deutscher war trotz Vollbremsung in seinen Vordermann gekracht. Durch den Heckaufprall wurde eine 24-jährige Mitfahrerin verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Beide Fahrzeuge erlitten Sachschaden, die Straße war während der Einsatzarbeiten gesperrt.



Schlachtschüssel auf der Alpe Kaisers vom 28.08.-31.08.2025

Tel.: 0676 3165953

Auf Euer Kommen freut sich das Alpe Kaisers Team!



T&G

Da hast du mehr davon.

AB 24 DS.



-41%

Red Bull Energy Drink
250 ml, Einweg*,
versch. Sorten,
€ 3.96/l

1.69

0.99

AB 2 PKG.



-27%

Dallmayr Home Barista
1 kg,
versch. Sorten,
€ 15.99/kg

21.99

15.99



1+1 GRATIS!

Barilla Pasta
500 g,
versch. Sorten,
€ 1.98/kg

1.98

0.99

JE PKG.



-23%

Niemetz Schwebenbomben
360 g,
20-Stk.-Packung
€ 16.08/kg

7.49

5.79

JE KISTE



Stiegl Goldbräu oder Hell
20 x 0.5 l,
exkl. Pfand,
€ 0.74/0.5 l

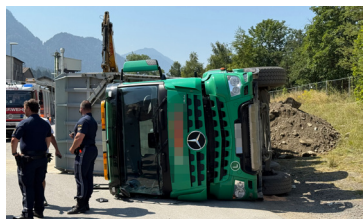


14.80

*Bis zum 31.12.2025 kann dieser Artikel sowohl mit Pfand (€ 0.25) als auch ohne Pfand in den Märkten vorrätig sein.

tundg.at

Nicht jeder beworbene Artikel ist in ganz Österreich erhältlich. Abgabe nur in handelsüblichen Mengen und solange der Vorrat reicht. Preis inkl. Steuern, exkl. Pfand. Statt-Preise sind unsere bisherigen Verkaufspreise im Sinne des Preisauszeichnungsgesetzes. Preise und Rabatte werden kaufmännisch gerundet. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Medieninhaber/Herausgeber/Redaktion: MPREIS Warenvertriebs GmbH, Landesstraße 16, A-6176 Völs.



Ein weiterer Unfall ereignete sich in Bixlegg.

Foto: zoom.tirol

PKW prallte frontal gegen Wohnmobil

UMHAUSEN (red). Am Montag, dem 11. August kam es in Tirol zu einer Serie schwerer Verkehrsunfälle mit teils schwerverletzten Personen, unter anderem im Ötztal, wo es zu einem Frontalzusammenstoß zweier Fahrzeuge kam: Gegen 17:45 Uhr prallte ein 20-jähriger Autofahrer in Umhausen zunächst gegen eine Mauer und dann frontal gegen ein entgegenkommendes Wohnmobil. Beide Lenker wurden verletzt und ins Krankenhaus Zams gebracht. An beiden Fahrzeugen entstand Totalschaden. Mehr zu der Unfallserie finden Sie auf MeinBezirk.at/Tirol

Bis zum Abschluss

Der geplante Hotelbau in Oetz mit Reithalle, Pferdestall und Personalwohnungen erregt weiter die Gemüter.

OETZ (ado). Das geplante 4 Sterne S Hotel am Oetzer Schrofen trifft bei der Bevölkerung auf geteilte Meinung: Die einen, allen voran Funktionäre des Tourismusverbands, zeigen sich vom Projekt begeistert und machen offen Werbung dafür - unter anderem mit einer eigens eingerichteten Homepage berghof2025.at. Die anderen sammelten mehr als 500 Unterschriften für eine Volksbefragung, die nun am 24. August abgehalten wird. Nach einem Pressegespräch der Befürworter erreichten die Redaktion nun auch drei ausführliche Emails der Gegner die Redaktion, die hier nun zusammengefasst werden sollen: So kritisiert die



Die Anrainer des geplanten Hotels hoffen weiterhin auf eine Verkleinerung des ihrer Meinung nach überdimensionierten Projekts.

Foto: Anrainer Schrofen

Anrainerschaft Oetz-Kircheben mit Sprecher Bernhard Prantl, dass der Gemeinderat das ursprünglich vom Bauwerber angekaufte Grundstück im sogenannten „Fuchsloch“ zwischen Oetz und Sautens für eine Reithalle als ungeeignet abgelehnt hatte. „An der anderen Talseite am Berg, Weiler Schrofen-Kircheben hingegen, scheint wohl der perfekte Platz für eine Reithalle samt Pferdeboxen zu sein. Dies möge jeder betrachten, wie er möchte. Pferdelogistik im Ebenen gegen

Pferdelogistik den Berg hinauf?“, wundert sich Anrainer Bernhard Prantl und kritisiert: „Der größte Aufreger ist jedoch, das von Bürgermeister Falkner vorbildlich verkleinerte Hotelareal von sage und schreibe 300 auf 150 Betten. Die einen reden von erwartender Kommunalsteuer, versteht sich. Die anderen von unerwartenden Kosten, welche die Gemeindeführung verschleiert bzw. nicht richtig einschätzen kann. ... Ist ein 150 Betten Hotel mit Pferdestall und Reithalle am Schrofen wirklich

Werde Teil unseres Verkaufsteams: **Bewirb dich!**

Ich habe im Verkauf mein Gehalt selbst in der Hand, ganz ohne Deckelung.

Christina, seit 2 Jahren im Verkauf

Ich entwickle kreative Verkaufs-ideen für meine Kund:innen vor Ort.

Christoph, 1 Jahr im Verkauf



RegionalMedien.at/
Verkaufsteam



Ein 26-jähriger Radfahrer wurde bei der Kollision mit einem Moped verletzt und ins Bezirkskrankenhaus Zams gebracht.

Symbolbild: stock.adobe.com

E-Bike-Fahrer bei Kollision mit Mopedfahrer verletzt

OBSTEIG (red). In Obsteig kam es am Abend des 15. August gegen 18:50 Uhr zu einem Verkehrsunfall mit Personenschaden. Ein 26-jähriger Österreicher fuhr mit seinem E-Bike talwärts den Larchwiesentrail entlang, während ein 15-jähriger Mopedfahrer den gleichen Weg bergwärts nutzte. In einer Kurve stießen die beiden zusammen – trotz Bremsversuchen konnte eine Kollision nicht verhindert werden.

Der E-Bike-Fahrer wurde unbestimmten Grades verletzt und nach Erstversorgung durch den Rettungsdienst ins Bezirkskrankenhaus Zams gebracht. Der Mopedlenker blieb unverletzt. An beiden Fahrzeugen entstand lediglich geringer Sachschaden. Die Polizeiinspektion Nassereith ermittelt derzeit und wird nach Abschluss der Untersuchungen Bericht an die zuständigen Stellen erstatten.

Widerstand

alternativlos? Die Anrainer und Großteil der Projektkritiker sind nicht gegen die touristische Weiterentwicklung von Oetz, im Gegenteil der baufällige Berghof soll saniert werden, aber verträglich. Ein Beherbergungsbetrieb mit 80-90 Betten ohne Reithalle wäre gut vorstellbar“, meint Prantl. Auch Bernhard Friedle von der Oppositionsliste „Oetzer Zukunft“ spricht sich vehement gegen das Projekt aus: Es geht hier nicht nur um ein 40-Millionen-Euro-Tourismusprojekt – es geht auch um ein Stück Heimat, das für viele Familien auf dem Spiel steht. Ein besonders kritischer Punkt: Für das Projekt sollen über 6.500 m² Freiland in Bauland umgewidmet werden – das ist mehr als die Hälfte der Gesamtfläche. Ein Projekt dieser Größenordnung würde das Ortsbild dominieren – sogar die Kirche in den Schatten stellen. Soll es wirklich so weit kommen, dass

ein Luxushotel mehr Bedeutung erhält als unser kirchliches und kulturelles Zentrum?“ Auch die Wasserversorgung sei überfordert. Eine Aufrüstung der Infrastruktur wäre nach Meinung des Gemeinderats teuer. Und das für ein Projekt, dessen Finanzierung für Friedle bis heute nicht geklärt ist. Michaela Winkler, Anrainerin und Nebenerwerbsbäuerin, äußert zudem scharfe Kritik gegen den geplanten Pferdestall mit 40 Boxen: „Rösser sind für dieses steile Gelände nicht geeignet. Es handelt sich um Schaf- und Ziegenweiden. Das ist keine artgerechte Haltung!“ Auch Markus Sint von der Liste Fritz schaltet sich in die Debatte ein: „Dieses Projekt ist kein Gewinn und kein Segen. Im Gegenteil. Es ist ein Sägen am Ast, auf dem man sitzt“, appelliert Sint zur Volksbefragung zu gehen und gegen das Projekt zu stimmen.

Autofahrer reagierte rasch und löschte Autobrand

LÄNGENFELD (red). Fahrzeugbrand auf der B186: Ein 39-jähriger kroatischer Lenker war mit seinem PKW von Längenfeld talwärts in Richtung Sölden unterwegs. Auf Höhe des Straßenkilometers 34,4 bemerkte er plötzlich Flammen und Rauch am Heck seines Fahrzeugs im Rückspiegel. Sofort hielt er am Fahrbahnrand an und konnte gemeinsam mit seiner 59-jährigen Beifahrerin das Auto unverletzt verlassen.

Zur gleichen Zeit fuhr ein 39-jähriger Österreicher talwärts auf der B186 und erkannte den Brand. Er handelte schnell, holte bei einem nahegelegenen Lebensmittelgeschäft zwei Handfeuerlöscher und unterstützte den kroatischen Fahrer bei der Brandbekämpfung. Kurz darauf traf die Feuerwehr ein und kühlte das Fahrzeug, um



Ein Fahrzeugbrand konnte rechtzeitig gelöscht werden. Foto: ZOOM.Tirol

eine erneute Entzündung zu verhindern.

Die Ursache des Feuers ist derzeit noch ungeklärt. Die Ermittlungen zur Brandursache werden weiterhin fortgesetzt. Verletzte gab es keine, zum entstandenen Sachschaden liegen noch keine Angaben vor.

T&G

Da hast du mehr davon.

AB 24 DS.



-41%

Red Bull Energy Drink
250 ml, Einweg*,
versch. Sorten,
€ 3.96/l

1.69

0.99

AB 2 PKG.



-27%

Dallmayr Home Barista
1 kg,
versch. Sorten,
€ 15.99/kg

21.99

15.99



1+1 GRATIS!

Barilla Pasta
500 g,
versch. Sorten,
€ 1.98/kg

1.98

0.99

JE PKG.



-23%

Niemetz Schwebenbomben
360 g,
20-Stk.-Packung
€ 16.08/kg

7.49

5.79

JE KISTE



Stiegl Goldbräu oder Hell
20 x 0.5 l,
exkl. Pfand,
€ 0.74/0.5 l



14.80

*Bis zum 31.12.2025 kann dieser Artikel sowohl mit Pfand (€ 0.25) als auch ohne Pfand in den Märkten vorrätig sein.

tundg.at

Nicht jeder beworbene Artikel ist in ganz Österreich erhältlich. Abgabe nur in haushaltsüblichen Mengen und solange der Vorrat reicht. Preis inkl. Steuern, exkl. Pfand. Statt-Preise sind unsere bisherigen Verkaufspreise im Sinne des Preisauszeichnungsgesetzes. Preise und Rabatte werden kaufmännisch gerundet. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Medieninhaber/Herausgeber/Redaktion: MPREIS Warenvertriebs GmbH, Landesstraße 16, A-6176 Völs.



Die Gemeinden müssen sparen, sie sitzen auf Schulden von 1,435 Mrd. Euro.

Foto: Axel Springer

Banken finanzieren 200-Millionen-Fonds

Gemeinden können sich auf 30 Jahre 70 Mio. Euro sparen. Schubert sieht einen Entlastungs- und Investitions-Anreiz.

Innsbruck – Den Tiroler Gemeinden geht das Geld aus. Sie sitzen aktuell auf einem Schuldenberg von 1,2 Milliarden Euro, dazu kommen noch Verbindlichkeiten über 235,4 Millionen Euro für die Gemeindeverbände. Demgegenüber stehen notwendige Investitionen in die Bezirkskrankenhäuser von einer Milliarde Euro sowie der finanzielle Aufwand für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Deshalb wird jetzt auf Initiative von Gemeindefürsprecher Anton Mattle (VP) ein 200 Millionen Euro schwerer Gemeinde-Investitionsfonds eingerichtet.

Die Mittel sollen in die Infrastruktur für Kinderbildung und -betreuung fließen sowie Investitionen in Bezirkskrankenhäuser und in die Daseinsvorsorge (kommunale Infrastruktur) ermöglichen.

➤ **Was ist der Fonds?** Das Volumen beträgt 200 Millionen Euro – je 100 Mio. 2026 und 2027. Der Fonds wird durch das Land Tirol über ein Tiroler Bankenkonsortium fremdfinanziert. Die Zinsstützung erfolgt durch das Land, es gilt ein fixer Zinssatz von einem Prozent für die gesamte Laufzeit. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zum Aussetzen der Tilgung bis 2028. Durch den Fonds könnten sich alle Gemeinden, die das Geld in Anspruch nehmen und investieren, über die



Foto: Axel Springer

Der Tiroler Gemeindeverband wird sich als Interessenvertretung auch in die detaillierte Ausarbeitung einbringen.

Karl-Josef Schubert
(Gemeindefürsprecher)

gesamte Laufzeit rund 70 Millionen Euro sparen.

➤ **Was leistet der Fonds?** Eine Gemeinde beabsichtigt den Bau eines Kindergartens um zehn Millionen Euro und müsste abzüglich aller Förderungen fünf Millionen Euro an Darlehen aufnehmen. Doch gleichzeitig muss noch ein Darlehen für ein anderes Projekt bedient werden, das erst Ende 2027 abbezahlt sein wird. Ohne die tilgungsfreie Zeit des Tiroler Gemeinde-Investitionsfonds könnte das Kindergartenprojekt derzeit nicht begonnen werden. Durch den Gemeinde-Investitionsfonds spart sich die Gemeinde in 30 Jahren rund 1,7 Millionen Euro im Vergleich zu einer regulären

Finanzierung mit 2,8 Prozent Verzinsung.

Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts in Wien Gabriel Felbermayr spricht von „einem klugen Ansatz“, dass das Land Tirol die Finanzierungskosten der Gemeinden bei Investitionen nachhaltig reduzieren möchte. „Und dabei auch auf die heimischen Banken zugeht.“ In Zeiten, in denen Bund, Land und Gemeinden sparen müssten, dürfe nicht auf notwendige Investitionen vergessen werden.

„Jede Unterstützung recht“

„Jede Unterstützung ist uns recht. Gemeinden und Land haben derzeit mit einer schwierigen finanziellen Situation zu kämpfen“, betont Gemeindeverbandspräsident Karl-Josef Schubert. Vielen Kommunen sei es nicht möglich, dringend notwendige Investitionen zu tätigen, andere seien aufgrund der angespannten Situation sehr zurückhaltend. Für Schubert kann der Investitionsfonds den Gemeinden dabei helfen, die Finanzierungskosten zu reduzieren. „Das ist eine langfristige Entlastung für die Gemeinden und durchaus ein Anreiz, um Investitionen durchzuführen. Krankenhäuser, Kindergärten, Schulen, Straßeninfrastruktur und andere Tiefbauprojekte sind jene Bereiche, bei denen sich die Tirolerinnen und Tiroler hohe Qualität erwarten.“ (pn)

Zwei Neue und vier alte Bekannte

SpitzenkandidatInnen für die Landtagswahl 2027 stehen mehr oder weniger fest. Parteien stellen interne Weichen.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Die Zeit verrinnt, in Herbst 2027 werden die TirolerInnen und Tiroler wieder zu den Urnen gerufen. In den verbleibenden zwei Jahren wollen die sechs im Landtag vertretenen Parteien ÖVP, FPÖ, SPÖ, Liste Fritz, Grüne und NEOS die internen Voraussetzungen für den Wahlkampf politisch aufgleisen. Ausgelöst von der Wahl Philip Wohlgemuths zum SPÖ-Vorsitzenden entwickelte sich in den vergangenen zwei Monaten eine gewisse personelle Dynamik. FPÖ-Landesparteiobmann Markus Abwerzger hat am Wochenende bereits erneut das Duell um den Landeshauptmannsessel ausgerufen und ist überzeugt, dass er diesmal gewinnen wird.

Mattle in ÖVP unumstritten

Am 11. Oktober wird sich Abwerzger wieder zum Parteichef küren lassen. ÖVP-Chef und Landeshauptmann Anton Mattle steigt ebenfalls in den Ring. Das ist in der ÖVP schon seit Monaten klar, der 62-Jährige will es noch einmal wissen. Er gilt in der ÖVP als unumstritten, jetzt hat er sein neuerliches Antreten quasi öffentlich gemacht. Der ÖVP-Parteitag dürfte im ersten Halbjahr 2027 stattfinden.

Beim Koalitionspartner SPÖ herrscht derzeit eine gewisse Findungsphase. Philip Wohlgemuth hat noch 24 Monate, um die Partei nach Ex-Parteichef Georg Dornauer neu aufzustellen.

In der Liste Fritz dürfte das Tandem an der Spitze weitermachen. Für Andrea Haselwanter-Schneider wird es wohl der vierte Wahlkampf an der Spitze des Bürgerforums sein, Klubchef Markus Sint ist als Nummer zwei gesetzt. Ihr Mandat im Innsbrucker Gemeinderat hat jedenfalls ein Ablaufdatum.

Der grüne Landessprecher Gebi Mair hat vor zwei Wochen erklärt, dass er nach 2022 die Grünen erneut in die Landtagswahl führen möchte. Als Alternative wird immer wieder Nationalratsabgeordnete Barbara Neßler genannt, die allerdings bundespolitische Ambitionen verfolgt.

Die NEOS werden im Herbst eine Nachfolgerin für Dominik Oberhofer küren. Der Na-



Anton Mattle tritt 2027 wieder als VP-Spitzenkandidat an.

Foto: Rita Falk



Philip Wohlgemuth steht vor einer schwierigen Aufgabe.

Foto: Rita Falk



Markus Abwerzger will das Duell mit Mattle diesmal gewinnen.

Foto: Rita Falk



Andrea Haselwanter-Schneider will es noch einmal wissen.

Foto: Rita Falk



Gebi Mair hat neuerliche Ambitionen bereits kundgemacht.

Foto: Rita Falk



Birgit Obermüller wird die neue pinkle Spitzenkandidatin.

Foto: Rita Falk

tionalratsabgeordnete wird nicht mehr als Landessprecher kandidieren, seit 2016 übt er diese Funktion aus.

Obermüller steigt in Ring

Die Würfel bei den Tiroler Pinken sind aber bereits gefallen. An Klubobfrau Birgit Obermüller führt kein Weg vorbei, sie wird in Personalunion Landessprecherin und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl.

Spekulationen gibt es immer wieder um etwaige Namenslisten. Hier fällt immer wieder der Name des SPÖ-Politikers Georg Dornauer, was dieser jedoch dementiert. Dass Innsbrucks Bürgermeister

ter Johannes Anzengruber mit einer bürgerlichen Liste den Sprung auf das Landesparkett wagt, ist unwahrscheinlich.

Ausgangslage

Landtagswahl 2022: Die ÖVP musste deutliche Verluste hinnehmen und erzielte 34,7 Prozent (–9,55 Prozentpunkte), die FPÖ kam auf 18,8% (+3,3%). Die SPÖ belegte mit 17,5% (+0,2%) Platz drei, gefolgt von der Liste Fritz mit 9,9% (4,4%). Die Grünen blieben mit 9,2% (–1,5%) vor den NEOS. Die Pinken erzielten 6,3% (+1,1%).

Ja aus Berlin zum Nordzulauf, Zumtobel fordert Taten

Parlamentarische Beratungen über Trasse und Finanzierung im Deutschen Bundestag sollen Ende des Jahres bzw. Anfang 2026 beginnen.

Innsbruck – Seit Monaten gibt es unterschiedliche Aussagen über den Brenner-Nordzulauf für den Brennerbasistunnel. Die Deutsche Bahn hat sich schon längst auf eine Trasse festgelegt, doch die bayerische Staatsregierung sowie Bürgerinitiativen rund um Rosenheim protestieren dagegen. Derzeit herrscht Stillstand. In einem Interview mit dem

Münchner Merkur hat der deutsche Verkehrsstaatssekretär Ulrich Lange (CSU) jetzt ein Bekenntnis zu der 54 Kilometer langen und 8,7 Milliarden Euro teuren Zulaufstrecke abgegeben.

Lange stellt zugleich in Aussicht, dass die parlamentarische Beratung über die Trasse sowie die Finanzierung am Deutschen Bundestag Ende 2025, Anfang 2026

beginnen werde. Nicht mehr und nicht weniger.

Tirols Verkehrslandesrat René Zumtobel (SPÖ) nimmt die Ankündigung seines Kollegen aus Deutschland wohlwollend zur Kenntnis. „Jetzt gilt es, den Worten rasch Taten folgen zu lassen: schnellstmöglich die parlamentarische Befassung, Mittel bereitstellen, Planungssicherheit schaffen. Wir alle



Die Innüberquerung bei Rosenheim ist sehr umstritten.

Foto: DB

wissen, dass der Brennerbasistunnel seine volle Wirkung

zur Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene nur entfalten kann, wenn es die entsprechenden Zulaufstrecken gibt.“

Die aktuellen Entwicklungen im europäischen Schwerverkehr sieht Zumtobel nicht rosig, sie würden den Schienengütertransport enorm unter Druck setzen. „Der Nordzulauf ist eine europäische Notwendigkeit,

bringt aber auch zahlreiche Vorteile für die Region. Zudem feiern wir alle in Kürze den Tunneldurchschlag des Brennerbasistunnels als Herzstück des europäischen Nord-Süd-Bahnkorridors und längsten Eisenbahntunnels der Welt.“ Am 18. September wird dazu auch EU-Verkehrskommissar Apostolos Tzitzikostas am Brenner erwartet. (pn)